

VOLKSTRAUERTAG ABSCHAFFEN!

STILL NOT
♥'ING
GERMANY



INHALTSVERZEICHNIS

Zur Kritik deutscher Gedenkpolitik	• 4
Das notwendige Paradox – Deutsche Gedenkpolitik nach Auschwitz	• 7
(Des-)Interesse als Mittel. Gedenkpolitik zu Auschwitz in der DDR.	• II
<i>Die Zeit nach Auschwitz und der »König der Juden«</i>	
<i>Buchverbannung</i>	
<i>Adolf Eichmann</i>	
<i>Dimitroff-Formel</i>	
<i>»Ich mal mir die Welt, wie sie mir gefällt.«</i>	
<i>Nichts hat sich geändert</i>	
Der Volkstrauertag in Friedrichroda	• 14
<i>12 Jahre Naziaufmarsch</i>	
<i>Antifaschistischer Widerstand</i>	
<i>Heimatschutz light – Eine Stadt und ihre Nazis</i>	
<i>Kritik der deutschen Gedenkpolitik</i>	
Eine Chronologie der Proteste gegen das »Heldengedenken« der Nazis in Friedrichroda	• 17
<i>2005</i>	
<i>2009</i>	
<i>2012</i>	
<i>2013</i>	
<i>2014</i>	

So erreicht ihr uns:

Antifaschistische Aktion Gotha
aagth@riseup.net
<http://aagth.afaction.info>

Antifaschistische Gruppen Südthüringen

% Infoladen Arnstadt Plauesche Str. 20 99310 Arnstadt	antifa-sth@riseup.net http://agst.afaction.info
---	--

EDITORIAL

WENN JEDES JAHR zum Volkstrauertag in der westthüringischen Kleinstadt Friedrichroda Nazis mit Fackeln durch den Ort ziehen, interessiert das in Friedrichroda in der Regel niemanden. Seit mehr als 10 Jahren nehmen Neonazis aus ganz Thüringen diesen Tag zum Anlass, um zum Kriegsdenkmal in Friedrichroda zu marschieren. Unbehelligt von der Friedrichrodaer Bevölkerung rufen sie am Vaterland-Denkmal die Geister der gefallenen Soldaten des Heeres, der Kriegsmarine, der Luftwaffe, der Waffen-SS und des Volkssturms (in dieser Reihenfolge) symbolisch in ihre Reihe zurück. Da dieser gespenstische Vorgang eine ziemlich widerliche Veranstaltung ist, organisieren wir, das Antifaschistische Bündnis Gotha, seit mehreren Jahren Demonstrationen und Veranstaltungen gegen das »Heldengedenken« der Nazis. Wir, Antifa-Gruppen aus Südthüringen und Gotha, haben uns zu einem Bündnis zusammengeschlossen, um das Gedenken der Nazis irgendwann unmöglich zu machen.

In der deutschen Gedenkkultur bilden die Nazis keine negative Ausnahme, sie reihen sich in die Logik des offiziellen Gedenkens ein.

Doch nicht nur das Gedenken der Nazis und ihr Fackelmarsch stehen im Fokus unserer Kritik, sondern die von Staatswegen betriebene Gedenkpolitik und Erinnerungskultur in Deutschland überhaupt. Mit dieser Broschüre wollen wir den theoretischen und praktischen Stand unserer Auseinandersetzung mit dem Volkstrauertag und der deutschen Vergangenheitsbewältigung festhalten. Deswegen haben wir im ersten Teil dieser Broschüre Texte zusammengetragen, die sich kritisch mit dem Volkstrauertag und der nationalen Gedenkpolitik in Deutschland befassen. In dieser deutschen Gedenkkultur bilden die Nazis keine negative Ausnahme, sie instrumentalisieren die Gedenktage nicht, sondern sie reihen sich vielmehr in die Logik des offiziellen Gedenkens ein. Diese besteht insbesondere am Volkstrauertag darin, den Unterschied zwischen Opfern und Tätern des deutschen Massenmordes an den europäischen Jüdinnen und Juden zu verwischen und Ursache und Wirkung des antisemitischen Vernichtungswahns sowie dessen heute fortbestehenden Voraussetzungen vergessen zu machen. Schon deshalb kann von einer Instrumentalisierung des Volkstrauertages durch die Nazis keine Rede sein. Die Rehabilitierung der deutschen Vernichtungstruppen durch das Vergessenmachen ihrer Verbrechen ist ihr ureigenes Anliegen. Der Versuch der

strikten Abgrenzung vom Nazigedenken durch bürgerliche NS-Verharmloser, die am Volkstrauertag in jedem Kaff aufmarschieren, gilt es immer wieder zurückzuweisen, indem die Unterschiede wie die Gemeinsamkeiten bürgerlicher und faschistischer NS-Verharmlosung deutlich gemacht werden.

Antifaschistische Demonstrationen und andere Aktionsformen gab es in den letzten Jahren viele. Im Jahr 2013 organisierten wir neben einer Demonstration am Volkstrauertag in Friedrichroda eine Veranstaltungsreihe in der Kreisstadt Gotha, die sich über den Volkstrauertag hinaus kritisch mit der deutschen Gedenkpolitik auseinandersetzte. Im Jahr darauf demonstrierten wir am Vorabend des Volkstrauertages mit einer mehr tanzenden als laufenden Demonstration gegen die deutsche Gedenkpolitik und das Tanzverbot durch Gotha, ohne den Naziaufmarsch in Friedrichroda einen Tag später aus den Augen zu verlieren. Neben klassischen Formen antifaschistischer Intervention, wie etwa Demonstrationen, haben wir uns darüber hinaus bemüht, kreativere Möglichkeiten des Protestes zu entwickeln, die es eher leisten, öffentliche Aufmerksamkeit auf den Ignorantenstadl in Friedrichroda zu lenken. Die Chronologie unseres Protestes in Friedrichroda haben wir im zweiten Teil dieser Broschüre festgehalten. Im Jahr 2014 meldete sich etwa überraschend eine Bürgerinitiative zu Wort, die den Abriss des Denkmals forderte, um stattdessen eine Hamburger-Filiale an dem Ort zu errichten, wo die Deutschen sich sonst ihre Geschichte zurechtlügen. Dass es sich dabei um eine Satireaktion handelte, wurde schnell klar. Es war nicht die erste ihrer Art in Friedrichroda. Überhaupt war 2014 das Jahr, in dem sich vieles änderte. Nachdem wir als autonome Antifa-Gruppen jahrelang die einzigen waren, die Proteste gegen den Naziaufmarsch organisierten, vollzogen nun sowohl die Thüringer Zivilgesellschaft als auch die Stadtpolitik einen Strategiewechsel. Beide wagten erste zaghafte (Zivilgesellschaft) bis dummdreiste (Stadtpolitik) Versuche, sich der Problematik anzunehmen. Doch mehr dazu findet ihr in unserer Broschüre.

Diese Geschichte des Widerstandes weiterzuschreiben, ist die Aufgabe aller Antifaschist_innen im Landkreis und der Umgebung.

Die Broschüre ist durchgängig bebildert mit Motiven der vergangenen antifaschistischen Demonstrationen und Kampagnen und mit Bildern vergangener Aktionen in Friedrichroda und Umgebung.

Viel Spaß beim Lesen!

September 2015

Antifaschistisches Bündnis Gotha

ZUR KRITIK DEUTSCHER GEDENKPOLITIK¹

Die GEDENKPOLITIK NACH 1945 in diesem Land war stets Ausdruck des Versuches die unaufgearbeitete Vergangenheit des Nationalsozialismus zu bewältigen und bestehende Kontinuitäten zu relativieren oder vergessen zu machen. Übrigens: Bewältigung der Vergangenheit im wahrsten Sinne des Wortes als »Erledigen« oder im Wortstamm bleibend: »Überwältigen«. Bewältigt wird die Vergangenheit in Gedenkzeremonien zumeist durch das diffuse Erinnern an die Gräueltaten, wahlweise des Krieges oder der sogenannten Diktaturen und durch präzises Vergessen von konkreten Zusammenhängen und Ereignissen. Roger Willemsen schreibt dazu ganz richtig: »Jeder Hinweis auf die Kontinuität dieser Geschichte zwischen Drittem Reich und Nachkriegsdemokratie auf die persönliche Mitwirkung von Politik, Industrie oder Kirche wäre ein Sündenfall der Gedenkreden, ja sie wäre der vagen Erhabenheit des Anlasses nicht gemäß.« Die Gedenkreden zu diversen Anlässen arbeiten daran, »Geschichte in Geschichtsverlust zu verwandeln, indem sie abstrakt und sentimental werden, und vergessen lassen, daß Schweigen heroischer wäre als jene effizienteste Form des Verschweigens, ›Vergangenheitsbewältigung‹ genannt.« Die wesentlichen Formen deutscher Vergangenheits- und Gedenkpoltik heißen Verharmlosung, Verleugnung und Verdrängung. In ihrem Spannungsverhältnis steht auch jener Gedenktag, der jeden zweiten Sonntag vor dem ersten Advent wieder auf dem Plan steht und der bereits 1919, freilich mit noch anderem geschichtlichen Hintergrund, in der Weimarer Republik begangen wurde und während des deutschen Nationalsozialismus direkter als »Heldengedenken« gefeiert wurde.

Der VOLKSTRAUERTAG, wie er heute überall begangen wird, ist eine widerliche Veranstaltung; ein Datum, das in Deutschland, wie kein anderes, für die Umdeutung, Verharmlosung, Verdrängung und Verleugnung der deutschen Geschichte steht, wenn die unfassbaren deutschen Verbrechen, also der administrative Mord an Millionen Menschen, ebenso wie die deutsche Täterschaft im unterschiedslosen Gedenken an die »Kriegstoten« und sogenannte »Opfer von Gewalt Herrschaft« untergeht bzw. dem Vergessen preisgegeben wird. Es ist die Aufgabe antifaschistischer Gesellschaftskritik die Entlastungsversuche der Deutschen abzuwehren und die Geschichte, vor allem die des Nationalsozialismus, als das offen zu legen, was sie war und ist: eine Barbarei, die von den Deutschen in die Welt gebracht wurde, nur durch militärische Mittel niederzuringen war und die, was die Bedingungen ihrer Existenz angeht, bis heute fort dauert. Es war Walter Benjamin, der 1940 in seinem Vermächtnis, bevor er sich, verfolgt durch die Deutschen, in den Tod flüchtete, schrieb: »In jeder Epoche muß versucht werden, die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen.« Dieser Konformismus der bürgerlichen deutschen Gedenkpoltik besteht heute darin, das Leid und die Vernichtung von Millionen Menschen vergessen zu machen, indem man es zum beliebigen Fixpunkt einer »Mahnung für Frieden und Demokratie« erklärt und damit nachträglich rechtfertigt. Der antisemitische Wahn der Deutschen, dieses »Produktionsverhältnis des Todes« (Initiative Sozialistisches Forum) in einem Land, das seine innere Einheit in der Vernichtung der Juden gefunden hat, wird ausgeblendet und Auschwitz zu einer Stätte des Todes neben vielen anderen. Die deutschen Mörder werden so zu gewöhnlichen Opfern von vermeintlichen »Naturgewalten«,

namentlich: Krieg und Diktatur. Statt also Geschichte zu begreifen als Trümmerhaufen, der solange weiterwächst solange die kapitalistische Entmenschlichung weitergeht, verdrängt die bürgerliche Gedenkpoltik das Leid aus dem Zentrum der Geschichte und kann aus dem Mord noch Kapital schlagen.

Es ist die Aufgabe antifaschistischer Gesellschaftskritik die Entlastungsversuche der Deutschen abzuwehren.

Die nationalsozialistische Barbarei ist Geschichte. Sie wurde beendet, nicht von den Deutschen, die sie in die Welt gesetzt hatten, nicht vom oft beschworenen und nie wirklich existenten »anderen Deutschland« des marginalen antifaschistischen Widerstandes oder vom »deutschen Widerstand« um die nationalkonservative Verschwörergruppe Stauffenbergs, sondern durch eine militärische Übermacht der alliierten Streitkräfte, die den Vernichtungswillen der Deutschen nur mit Bomberflotten und Panzerverbänden brechen konnten. Das sollte bedenken, wer heute für den Frieden mahnt: Dass es Schlimmeres geben kann als den Krieg. Das ist die Lehre aus der deutschen Geschichte, die jeden Pazifismus blamiert, dass es nämlich Übel gibt, von denen nur eine starke Armee befreit. Wolfgang Pohrt schrieb einmal zutreffend über die Deutschen: »Die Armee als wirklichen Befreier und den Krieg als wahren Sachverwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit in die Weltgeschichte eingeführt zu haben, ist das verhängnisvolle Verdienst dieses Landes.« Und diesen Befreier, den Soldatinnen und Soldaten der Anti-Hitler-Koalition, den Partisaninnen und Partisanen, den Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern gilt unser Dank und unser Ge-

¹ Nachfolgender Text ist die leicht veränderte Version eines 2012 in Friedrichroda gehaltenen Redebeitrages und 2013 in Friedrichroda verteilten Flugblattes der Antifaschistischen Aktion Arnstadt-Ilmenau.

denken. Millionen von ihnen haben im Kampf gegen die deutsche Volksgemeinschaft und ihre Verbündeten ihr Leben gelassen und werden noch heute durch die nivellierenden deutschen Gedenkrituale verhöhnt.

Walter Benjamin schrieb fast fünf Jahre vor dem Ende der deutschen Barbarei, was heute noch gilt, wenn die durch die Deutschen Ermordeten mit ihren Mördern in das selbe Gedenken einbegriffen werden: »auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört.« Die Lehre Benjamins, dass die Toten vor dem Feind, der zu siegen nicht aufgehört hat, nicht sicher sind, zeigt sich an keinem Tag deutlicher als am Volkstrauertag. Wem das immer noch nicht einleuchtet, dem verschafft vielleicht folgender Ausspruch Klarheit. Das folgende Zitat stammt aus der Rede Christine Lieberknechts zur zentralen Volkstrauertags-Gedenkveranstaltung 2011 in Mühlhausen. Lieberknecht wird hier nur beispielhaft herangezogen, nicht etwa, weil sie besonders prominent ist oder es besonders klug macht, sondern weil sie plump, ohne groß nachzudenken, äußert, was man hier so über die Geschichte zu meinen hat: »Wir wollen aller Kriegsofopfer gedenken und den Angehörigen Trost spenden. Die Schicksale dieser Menschen mahnen uns, für Frieden und Freiheit einzutreten und stets nach demokratischen Lösungen zu suchen. [...] Eine wichtige – die über allen stehende – Botschaft ist, für Frieden einzutreten und demokratische Lösungen, anstelle militaristischer Auseinandersetzungen. Versöhnung über den Gräbern ist ihr Leitgedanke. [...] Die furchtbaren Kriege des 20. Jahrhunderts mit Millionen Toten, die Opfer von Diktatur und Gewaltherrschaft dürfen niemals vergessen werden.«

Die Lieberknechts, wie der deutsche Common Sense, differenzieren nicht zwischen Opfern und Tätern und machen immer wieder aufs Neue Adornos Satz wahr, dass die Ermordeten noch um das einzige betrogen werden sollen, was ihnen unsere Ohnmacht schenken kann: das Gedächtnis. Im Lamento über die »Kriegsofopfer« und die »Opfer von Diktatur und Gewaltherrschaft«, unter die man gerne auch die Mauertoten der DDR zählt, verschwindet die deutsche Täterschaft mit dem Spezifikum des deutschen Verbrechens. Heute sollen Frieden und Demokratie vor einer neuen Gewaltherrschaft schützen. Dabei haben schon 1933 weder Frieden noch Demokratie sich als Mittel erwiesen, den Faschismus zu verhindern, denn Hitler hat sich nicht an die Macht geputscht, sondern ist demokratisch gewählt worden und der Frieden, den große Teile der Arbeiterbewegung mit dem Faschismus schlossen sowie die friedensbetonte Appeasementpolitik der Alliierten haben die Nazis nicht aufhalten können. Doch es kommt noch schlimmer: Lieberknecht, eine Nachfahrin der Täter, Verfechterin einer Ideologie, die im Zweifel wieder zum Faschismus neigen wird, fordert gar »Versöhnung über den Gräbern« ein; ein Gestus der vielleicht denen zukommt, denen die Gräuere widerfahren sind, aber bestimmt nicht den

Nachfahren der Täter. Es stimmt also nach wie vor der Satz Paul Spiegels, dass sich hinter den Ruf nach Frieden die Mörder verschanzen.



Plakat zur Antifa-Demo 2009, dem ersten organisierten Protest gegen den Naziaufmarsch in Friedrichroda

Die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen, die in den Faschismus führten, bestehen fort. Adorno macht das u. a. an fortbestehenden kapitalistischen Charakterdispositionen fest, die sich nicht geändert haben, weil sich die Weise der Vergesellschaftung nicht geändert hat. Er schreibt: »Die ökonomische Ordnung und, nach ihrem Modell, weithin auch die ökonomische Organisation verhält nach wie vor die Majorität zur Abhängigkeit von Gegebenheiten, über die sie nichts vermag, und zur Unmündigkeit. Wenn sie leben wollen, bleibt ihnen nichts übrig, als dem Gegebenen sich anzupassen, sich zu fügen; sie müssen eben jene autonome Subjektivität durchstreichen, an welche die Idee von Demokratie appelliert, können sich selbst erhalten nur, wenn sie auf ihr Selbst verzichten.« Dieses Durchstreichen von autonomer Subjektivität und die Anpassung ans Gegebene entspricht der Charakterdisposition des potentiellen Faschisten, den das bürgerliche Subjekt darstellt. In der rückhaltlosen Identifikation mit dem Volk oder der Nation findet dieses Subjekt Ersatzbefriedigung für alles, was ihm eine Ordnung verwehrt, deren einziger Zweck darin besteht ohne Rast Tauschwerte zu akkumulieren. Dass nun dieses Kollektiv, als

letzter Rückhalt vor der Einsicht in die eigene Nichtigkeit, ein Hort des Verbrechens war und ist, damit muss das bürgerliche Subjekt, das ein solches bleiben will, erstmal fertig werden. Und das geht gerade dann am besten, wenn sich herausstellt bzw. wenn man daran glauben kann, dass die deutschen Verbrechen nicht so schlimm, diverse Ausrutscher oder einige schlimme Ereignisse unter vielen waren, die der Krieg so mit sich bringt, an dem die Deutschen ohne das wissen zu wollen, die Alleinschuld tragen. Verharmlosung, Verleugnung und Verdrängung waren schon immer die Triebkräfte deutscher Gedenkpoltik und somit auch die Grundlage dafür, jegliche geschichtliche Einsicht abzuwehren.

Verharmlosung, Verleugnung und Verdrängung waren schon immer die Triebkräfte deutscher Gedenkpoltik.

Einem solchen Geschichtsbild, so verbreitet und allgemein anerkannt es auch sein mag, müssen wir als Antifaschist_innen widersprechen und, in Benjamins Worten, die Überlieferung dem Konformismus abgewinnen, indem wir die Schuldabwehr und Geschichtsverleugnung der deutschen Gedenkpoltik immer wieder zurückweisen, die in ihrem Ergebnis stets darauf hinauslaufen wird, dass man Auschwitz vergessen lassen möchte. Der falschen Aufarbeitung der Vergangenheit durch die deutsche Gedenkpoltik, die sie vergessen machen möchte, ist eine wirkliche entgegenzusetzen, die darauf abzielen muss, die Ursachen des Vergangenen mit der Gesellschaftsordnung zu beseitigen, in der sie fortweszen.



Plakat zum Protest gegen den Naziaufmarsch am Vorabend des Volkstrauertages 2009 in Arnstadt

LITERATUR

- ADORNO, THEODOR W.: *Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit.* In Ders.: *Gesammelte Schriften, Band 10.2 (Kulturkritik und Gesellschaft II).* Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main, 2003, S. 555–572. Online: <http://aawe.blogspot.de/images/Theodor20W20Adorno20Was20heisst.pdf>
- BENJAMIN, WALTER: *Über den Begriff der Geschichte.* In: Ders.: *Gesammelte Schriften, Band I.2.* Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main, 1991, S. 691–704. Online: <http://www.mxks.de/files/phil/Benjamin.GeschichtsThesen.html>
- POHRT, WOLFGANG: *Der Krieg als wirklicher Befreier und wahrer Sachwalter der Menschlichkeit.* In: Ders.: *Kreisverkehr, Wendepunkt – Über die Wechseljahre der Nation und die Linke in Widerstreit der Gefühle.* Tiamat-Verlag, Berlin, 1984, S. 47–55.
- WILLEMSEN, ROGER: *Vergangenheitsbewältigung.* In: DROSTE, WIGLAF; BITTERMANN, KLAUS (Hrsg.): *Das Wörterbuch des Gutmenschen, Band II, Zur Kritik von Plapperjargon und Gesinnungssprache.* Tiamat-Verlag, Berlin, 1995, S. 187ff.

DAS NOTWENDIGE PARADOX – DEUTSCHE GEDENKPOLITIK NACH AUSCHWITZ²

DER AUFRUF des Antifaschistischen Bündnisses Gotha zu den Aktionstagen »Volkstrauertag abschaffen!« im Jahr 2014 beginnt mit der Konstatierung eines Scheinwiderspruchs: Dem postnazistischen Deutschland, in dem es zugleich Staatsraison ist, den Opfern der Shoah zu gedenken und aus der deutschen Geschichte als Tätergeschichte eine spezifische politische Verantwortung in der Gegenwart abzuleiten einerseits, dem ehrenden Gedenken an die Täter_innen der Shoah andererseits. Die deutsche Gedenkpoltik vollbringt also das Paradox, sich gleichermaßen auf beide Seiten des industriellen Massenmords an den europäischen Jüdinnen und Juden zu stellen.

Dass dieses Paradox ein notwendiges ist – wie der Titel dieses Aufsatzes behauptet – mag zunächst nicht einleuchten, liegt es doch nahe, das Gedenken anhand einer Linie zwischen altem und neuem Deutschland aufzuteilen. Auf der einen Seite das Deutschland des Schweigens, des Nichts-gewusst-Habens, des Volkstrauertags und Helmut Kohls, der 1985 in Bitburg auch gefallenen SS-Soldaten gedachte. Auf der anderen Seite der »Vergangenheitsbewältigungsweltmeister« Deutschland mit seiner umfangreichen Gedenkstättenstruktur, offizieller Gedenkstunden im Bundestag und Joachim Gauck, der kaum noch einen Auslandsaufenthalt ohne einen Termin zum symbolischen Eingeständnis der deutschen Schuld absolviert. Bei genauerem Blick erscheint diese Grenze jedoch nicht ganz so eindeutig: Schon Kohl gedachte 1985 auch durch einen Besuch in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen, und in ebendieser Logik des Gleichmachens hält auch Gauck seit Amtsantritt jedes Jahr zum Volkstrauertag ein »Totengedenken«, in dem den Soldaten des Dritten Reichs, den Opfern der Verfolgung im Nationalsozialismus, den deutschen sogenannten Vertriebenen, Opfern politischer Verfolgung weltweit und toten deutschen Bundeswehrsoldat_innen gleichermaßen gedacht wird. Ihrer aller Tod, so die Botschaft, soll mittels der Halbmastbeflaggung, die am Volkstrauertag vorgeschrieben ist, von Deutschland selbst betrauert werden, das sich damit selbst als angehöriger Überlebender der Geschichte inszeniert.

Dass Deutschland seine Geschichte überlebt, war 1945 nicht derart klar. Der deutsche Nationalismus entwickelte sich in untrennbarer Koppelung zum modernen Antisemitismus bevor es überhaupt einen deutschen Staat gab. Die großen Vordenker der Idee einer deutschen Nation – Ludwig Jahn, Ernst Moritz Arndt – waren rassistische Antisemiten, die das deutsche Volk von der Verunreinigung und Schwächung durch Jüd_innen bedroht sahen, die Avantgarde des deutschen Nationalismus – die Burschenschaften – verbrannten auf der ersten großen Manifestation des deutschen Nationalismus, dem Wartburgfest 1817, Bücher eines deutsch-jüdischen Autors und stießen dazu Drohrufe an alle Jüd_innen aus. Im Kaiserreich war der Antisemitismus zum Kern der deutschen Ideologie geworden und wurde vom nationalkonservativen bis weit ins linke Lager

hinein vertreten. Der Nationalsozialismus schließlich war die konsequente Anwendung dieser deutschen Ideologie in allen Bereichen der Gesellschaft, die Shoah ihr deutsches Projekt. Dementsprechend war der positive Bezug auf die deutsche Nation 1945 in einer Krise: Nicht nur der Krieg war verloren, die Deutschen waren bei der Verwirklichung ihres Projektes gescheitert. Mehr noch, es war nicht möglich, unmittelbar an den bisherigen deutschen Nationalismus anzuschließen, da die Besatzungsmächte offenen Antisemitismus ahndeten. Er wurde zumindest aus dem politischen Raum verdrängt und blieb bis heute nur an marginalisierten Rändern des politischen Spektrums anknüpfungsfähig.

Der Mut zu diesem offenen antizionistischen Antisemitismus verweist auf einen deutschen Nationalismus, der sich in der »Vergangenheitsbewältigung« neu erfunden hat.

Die Trennung des deutschen Nationalismus vom Antisemitismus selbst war die naheliegende Bearbeitungsform, musste selbst jedoch das Problem, das beides bisher selbstverständlich in eins ging, erklären. Die Deutschen musste also, um Thomas Haurys Analyse der Situation der Antisemit_innen zu folgen, »Auschwitz in welcher Form auch immer thematisieren, um es zu dethematisieren.« Diese (De)Thematisierung veränderte den Antisemitismus der Deutschen zu dem, was allgemein als »sekundärer Antisemitismus«, also Antisemitismus nach (und wegen) Auschwitz, bezeichnet wird. Der angesprochenen Trennungsversuch von Antisemitismus und deutschem Nationalismus korrespondiert dabei mit zwei Seiten des sekundären Antisemitismus: Holocaustleugnung bzw.-relativierung einerseits, Schuldabwehr bzw.-relativierung andererseits.

Während die offene Holocaustleugnung, also die Behauptung, die Shoah habe insgesamt nicht oder in verringertem Umfang stattgefunden, ebenfalls politisch marginalisiert und justiziabel ist, sind Holocaustrelativierungen auch heute, im neuen Deutschland, gang und gäbe. Bei ihnen wird

² Grundlage dieses Textes von Simon Rubaschow vom Club Communism ist ein am 12. November 2013 im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe gehaltener Vortrag zur Rolle des modernen Antisemitismus für die deutsche Vergangenheitsbewältigung.

versucht, die historische Singularität der Shoah mittels positivistischer, pseudowissenschaftlicher Argumentationen zu leugnen. Die industrielle Massenvernichtung an sechs Millionen Jüdinnen und Juden durch die Deutschen wird hierzu nicht in Frage gestellt, sondern stattdessen in einen übergreifenden Kontext von Genoziden gerückt. Es wird auf technisch-organisatorische Vorläufer verwiesen, indem etwa betont wird, dass die britischen Kolonialtruppen im Burenkrieg die ersten Konzentrationslager errichteten, oder die Opferzahlen anderer Genozide werden mit denen der Shoah verrechnet, so das Deutschland im internationalen Wettbewerb auf einen mittleren Platz verwiesen wird, zwar vor dem türkischen Völkermord an den Armenier_innen 1915/16, aber sicherlich hinter den Gulag- und Hungertoten der Sowjetunion und des maoistischen Chinas und ganz sicher hinter der USA und »ihren« toten Indigenen. Die moderne und staatsamtliche Form dieser Holocaustrelativierung ist das Verständnis des 20. Jahrhunderts als einem »Jahrhundert der Verfolgung und Vertreibung«, dementsprechend in der 30 Millionen Euro teuren »Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung« den deutschen sogenannten Vertriebenen, aber auch den Opfern von Vertreibung »anderer europäischer Völker« gedacht werden soll.



Plakat zur Antifa-Demo 2012 gegen Naziaufmarsch und Volkstrauertag in Friedrichroda

Mit der Schuldabwehr und -relativierung sieht es ähnlich aus: Gänzliche Schuldabwehr, wie sie in der jungen Bundesre-

publik noch üblich war, wo scheinbar alle Deutschen von 1933 bis 1945 in Urlaub waren, auf jeden Fall aber »davon nichts gewusst« haben geschweige denn beteiligt waren außer denn als geheime Widerständler_innen ist wissenschaftlich widerlegt und aus der Sphäre der offiziellen Politik verbannt. Die staatssozialistische Variante des unbefleckten Deutschlands der Arbeiterklasse, das mit dem antisemitischen Deutschland der Bourgeoisie nichts am Hut habe, hat sich mit der Abwicklung der DDR erfreulicherweise auch weitestgehend erledigt. Sein Exil findet die offene Schuldabwehr aber nicht zuletzt im deutschen Film über den Nationalsozialismus, der nie ohne gute Deutsche auskommt, die wahlweise Opfer der nationalsozialistischen Verführung oder Unterdrückte des nationalsozialistischen Terrors sind, aber sich letztlich doch zum Widerstand aufrufen. Moderner sind auch hier die Formen der Schuldrelativierung, insbesondere die ebenfalls mit dem Mittel der Gedenkpolitik durch den deutschen Staat betriebene Europäisierung der Schuld, in der durch Förderung wissenschaftlicher Forschung, aber auch durch Ausstellungskonzepte, die Beteiligung nicht-deutscher Täter_innen an der Shoah, etwa durch SS-Freiwilligenverbände oder die Kollaboration der Bevölkerung in den besetzten Ländern, herausgestellt wird. Ihr Ziel ist es, die Shoah als ein gesamteuropäisches Verbrechen darzustellen, in dem Deutschland zwar die Aufgabe der Koordination und Planung hatte, das aber nur gemeinsam möglich war. Zusätzlich ermöglicht diese Sichtweise, Deutschland dadurch als geläutert herauszustellen, dass anderen europäischen Ländern Defizite in der Aufarbeitung »ihrer« Tätergeschichte vorgehalten werden und die deutsche »Vergangenheitsbewältigung« als Vorbild propagiert wird.

Hier wird also nicht mehr versucht, Deutschland von seiner politischen und ideologischen Geschichte und Tradition zu trennen, sondern diese wird – aufgearbeitet – als Teil des neuen deutschen Selbstbewusstseins aufgegriffen. Entsprechend tritt an die Stelle der leugnenden Abwehr das angesprochene Motiv der bewältigten Vergangenheit, für die gebüßt und aus der gelernt wurde, die Schuld wird neutralisiert und umgekehrt.

Schuldneutralisierung stellt das Motiv des Gelernt-Habens in den Vordergrund. Die Deutschen haben, so die These dieser Form des sekundären Antisemitismus, gründlich aus ihrer Vergangenheit gelernt, die Gedenkstätten an allen Ecken und Enden der Republik und die zahlreichen Gedenkveranstaltungen sollen davon zeugen. Auschwitz zu thematisieren erfolgt nicht mehr einmalig, sondern andauernd, je häufiger, desto besser, und dient als Ausweis der Läuterung. Diese Läuterung wiederum bildet die Basis für ein neues, selbstbewusstes Auftreten des deutschen Nationalismus, der seine Stärke daraus gewinnt, dass Deutschland die einzige Nation sei, die so schwere und mühsame Lernerfolge durchstanden habe, mehr noch, aus dem Gelernten wird eine Verantwortung abgeleitet, aus ihr wurde »nicht nur gelernt, nie wieder

Krieg, sondern auch nie wieder Auschwitz«, so der damalige deutsche Außenminister Joseph Fischer, als er den dritten deutschen Überfall auf Serbien im 20. Jahrhundert begründete. Wird an die Stelle des kognitiven Lernens das affektive Büßen gestellt, folgt der sekundäre Antisemitismus des neuen deutschen Nationalismus der Logik der Schuldabwehr. Wahlweise werden Kriegstote, Vertreibung, Nachkriegsnot oder der schlechte Ruf Deutschlands in der Welt als angemessene Buße für die Shoah akzeptiert. Die Deutschen sind, so die Logik, mindestens genauso Opfer wie die Jüd_innen. Die Zeit der Buße wird akzeptiert, aber für ausreichend befunden, ein Schlusstrich gefordert und für überfällig erklärt. Dass der sekundäre Antisemitismus zu sich selbst steht, wird klar, wenn erfragt wird, warum der Schlusstrich und die Rückkehr zu einem als normal imaginierten Nationalbewusstsein bisher nicht erfolgt ist: »Den Juden geht es heute vor allem darum, ihre finanziellen Vorteile aus der deutschen Vergangenheit zu ziehen«, finden laut Telefonumfragen regelmäßig ca. ein Viertel der Deutschen.

Die Darstellung der Deutschen als Opfer, auf die die zentralen Mythen der BRD, die Trümmerfrauen, die Stunde Null und auch das »Wir sind wieder wer« des Wunders von Bern aufbaut, erleichtert sich, indem Jüd_innen als Täter imaginiert werden. Marginalisierter, in dem ihnen historisch eine Mitschuld an ihrer Verfolgung im Nationalsozialismus gegeben wird, populär hingegen in der Form, das heutigen Jüd_innen vorgehalten wird, dass sie ja (mindestens) ebenso Täter_innen seien, wie die Deutschen es waren. Kristallisationspunkt für diese Projektion ist Israel, dem mit Berufung auf die toten Jüd_innen und dem, was die Deutschen aus dem Mord an ihnen gelernt haben, vorgehalten wird, dass gerade ein jüdischer Staat es doch besser wissen müsse und nicht zurückschießen dürfe. Über wenige Punkte dürfte es so eine lagerübergreifende Einigkeit geben, wie darüber, dass Israel die Grenzen legitimer Sicherheitspolitik überschreite und mindestens »einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser« führe – eine These, der in Befragungen mehr als 50 Prozent der Deutschen zustimmen. Um zu erkennen, dass es sich bei dieser Israelfeindlichkeit um Antisemitismus handelt, bedarf es keiner elaborierten Analysen. Ein Blick in die Zeitungen, in denen israelische Soldat_innen in klassisch antisemitischen Kindsmörder- oder Blutrinker-motiven auftauchen spricht ebenso für sich, wie die 28,4 Prozent der Deutschen, die 2010 in einer Befragung völlig selbstverständlich Israel und »die Juden« kurzschlossen und der Aussage »Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat« zustimmten.

Der Mut zu diesem offenen antizionistischen Antisemitismus verweist auf einen deutschen Nationalismus, der sich in der »Vergangenheitsbewältigung« neu erfunden hat und aus dem Gedenken an die toten Jüd_innen die Legitimation zu ziehen meint, die lebenden zu diffamieren. Dies schafft für wirkliches Gedenken ein Problem, mit dem es ganz konkret

konfrontiert ist, wenn etwa ein Jenaer Oberbürgermeister auf einer Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Novemberpogrome nicht einen Funken Scham empfindet, wenn er seine Rede nutzt, um, verbunden mit den Worten »Ich bin ein Freund Israels und gute Freunde dürfen sich auch kritisieren«, zu beweisen, dass Deutsche noch immer nicht in antisemitischen Mörderbanden, sondern in Jüd_innen, die sich gegen sie wehren, das Problem sehen. Dieses neue nationale Selbstbewusstsein ist es, das den Widerspruch zwischen Shoah-Gedenken und Volkstrauertag als Scheinwiderspruch für Deutschland enthüllt. Tatsächlich ist das eine die Bedingung für das andere, die Eingemeindung der Shoah in die deutsche Geschichte geschieht, gerade um sich auf diese Geschichte als Kontinuität insgesamt positiv beziehen zu können. Die toten Jüd_innen sind Teil der deutschen Geschichte geworden. Eine deutsche Geschichte, die aus sich selbst gelernt hat und daher eine Erfolgsgeschichte ist. Erfolgreich ist sie – und daran besteht hierzulande kein Zweifel – weil die guten Deutschen, von Sophie Scholl und Oskar Schindler bis zu Günther Grass und den tapferen Soldat_innen in Afghanistan – ein ganz besonderes Völkchen auf diesem Planeten sind.

Ein Gedenken der Opfer der Shoah steht also vor einem dreifachen Problem. Zunächst sind Aufklärung und Information über die Shoah und den Nationalsozialismus weiterhin und andauernd nötig. Sowohl die historische Singularität als auch die Alltäglichkeit der Shoah für die nationalsozialistische Gesellschaft herauszustellen, etwa indem die Lokalgeschichte des Nationalsozialismus und der Shoah immer wieder in Veranstaltungen, Stadtpaziergängen oder der Thematisierung von KZ-Außenlagern sichtbar gemacht wird. Versuchen des deutschen Staates, sich aus der Gedenkstättenfinanzierung zurückzuziehen, wie aktuell der Versuch, sich aus der Finanzierung der Gedenkstätte Sobibor zurückzuziehen, sind entgegenzutreten. Andererseits steht das Gedenken in der Spannung, Teil eines neuen deutschen Nationalismus zu sein, für das es als Ausweis der Läuterung dient. Dieser offizielle Bezug auf das Gedenken hat zweifelsohne auch Vorteile hinsichtlich der Tabuisierung des immer noch vorhandenen offenen Antisemitismus, denn wo Gedenkstätten zum Ausweis eines besseren Deutschlands werden, werden die immer noch regelmäßigen antisemitischen Schändungen von ihnen zu einem Problem für dieses bessere Deutschland. Inhaltlich ist im Gedenken jedoch jedem Versuch, die Shoah als bewältigt oder bewältigbar darzustellen ebenso entgegenzutreten wie dem Versuch, ihre Singularität durch Eingemeindung in einen breiteren Gedenkontext zu relativieren. Dementsprechend geht es beim Gedenken an die Opfer nicht um Versöhnung. Das Gedenken darf sich auch nicht darauf einlassen, die Opfer der Shoah neben andere Opfer zu stellen, weder dadurch, dass etwa auf KZ-Gedenkstätten auch den Opfern eines ggf. am gleichen Ort vorhandenen Internierungslagers der Alliierten gedacht wird, noch durch gedenkpolitische Beiräte

in denen KZ-Gedenkstätten und Vertriebenenverbände gleichermaßen sitzen. Drittens existiert eine Spannung im Gedenken an die Toten, das weder als Legitimation der Kritik der Lebenden missbraucht werden darf, noch diese zur Thematisierung des aktuellen Antisemitismus instrumentalisieren darf, sondern sich darauf einlassen muss, ihrer als Besondere zu gedenken. Der kategorische Imperativ Adornos, nachdem »den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit« aufgezwungen wurde, »ihr Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts ähnliches geschehe« muss Eingang in die Gedenkarbeit finden insofern, als dass die Möglichkeitsbedingungen der Shoah und ihre Fortexistenz in der Gegenwart thematisiert werden müssen. Zugleich bedeutet, sie zu verstehen, zu versuchen, den Antisemitismus auch in seinem Wandel zu verstehen, der erklärt, warum Adorno vor »ähnliche[m]« warnt: Auschwitz muss sich nicht in einem erneuten Lagerkomplex wiederholen, Antisemitismus findet in seinem Ziel, die Jüd_innen zu vernichten, seit 1945 andere Wege und – etwa im Atombombenprogramm des Iran – potenziell effektivere Mittel.

Gedenkpolitik muss also darauf zielen, die Shoah als notwendig unabgeholten und unabgeltbar herauszustellen, sie muss sichtbar machen, dass die Vorstellung, eines »weiter so« mit dem Gedenken unvereinbar ist; und dementsprechend die Vorstellung eines Deutschlands, das weiter existiert. Dieses zieht zwar heutzutage seine Legitimation aus der »Vergangenheitsbewältigung«, diese muss dazu aber den Kern ihrer eigenen Sache ausblenden, damit Deutschland legitim bleibt. Es kann also kein deutsches, sondern nur ein antideutsches Gedenken geben. Eine Unabgeltbarkeit, die der eigenen – linksradikale, emanzipatorische – Gedenkpolitik selbst ebenfalls eine Aufgabe aufnötigt: Die Reflexion der eigenen Geschichte, Position und Praxis. Der Geschichte, denn weder war die Arbeiter_innenbewegung vor 1945 in der Lage, die Shoah zu verhindern oder auch nur signifikant zu behindern, noch war sie und die neue radikale Linke nach 1968 frei von Antisemitismus – es waren radikale Linke, die am 9. November 1969 und am 13. Februar 1970 die ersten Brandanschläge nach der Kapitulation 1945 auf jüdische Einrichtungen (ein Gemeindehaus, ein Altersheim) versuchten. Der eigenen Position, da nach 1945 klar ist, dass die Krise der bürgerlichen Gesellschaft nicht sicher den Keim der Revolution, unlegbar aber den des Pogroms in sich trägt, und damit alle Politik, die auf eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse zielen, vor einem Problem stehen. Und schließlich auch eine Reflexion der eigenen Praxis, in der das Gedenken der Opfer der Shoah selbst häufig genug ritualisierte Ersatzhandlung ist, um sich mit diesem negativen Potenzial, dass der bürgerlichen Vergesellschaftung wie den Versuchen ihrer Überwindung innewohnt, nicht auseinanderzusetzen.

VOLKSTRAUERTAG

ABSCHAFFEN!

*"Hinter dem Ruf nach Frieden
verschanzen sich die Mörder."*

(Paul Spiegel)



DEMO | 17. NOVEMBER | FRIEDRICHRODA

TREFFPUNKT | 15:30 UHR | FRIEDRICHRODA BAHNHOF

*Gegen Nazis und NS-Verharmlosung!
Naziaufmarsch und Opfermythen
in den Weg stellen!*

VOLKSTRAUERTAG-ABSCHAFFEN.TK



Plakat zur Antifa-Kampagne 2013

(DES-)INTERESSE ALS MITTEL. GEDENKPOLITIK ZU AUSCHWITZ IN DER DDR.

IM JAHR 1988 wurden in der ehemaligen DDR erstmals staatliche Gedenkfeierlichkeiten zum 50. Jahrestag der »Reichspogromnacht« ausgerichtet. Aufgrund der Tatsache, dass dies erstmals 50 Jahre nach den Novemberpogromen geschah, könnte der Eindruck entstehen, dass das DDR-Regime den Holocaust erst zu dieser Zeit zum Gegenstand der eigenen Erinnerungspolitik gemacht hat. Gesagt werden muss jedoch, dass sich die wissenschaftliche und journalistische Auseinandersetzung seit Beginn der 1960er Jahre durchaus mit dem Thema »Endlösung« (denn »Holocaust« war in der DDR ungebräuchlich) beschäftigt hat. Trotz allem zeigte sich gerade von staatlicher Seite ein, zumindest äußerlich wahrnehmbares, Desinteresse an den jüdischen Opfern des Holocaust bzw. am eliminatorischen Antisemitismus als Verfolgungsmotiv. Sichtbar ist dies daran, dass die jüdischen Opfer meist zu politisch Verfolgten erklärt wurden.³

Die Zeit nach Auschwitz und der »König der Juden«

Antisemitisch und rassistisch verfolgte Opfer des deutschen Terrorregimes zogen in den Jahren nach 1945 vermehrt in die sowjetische Besatzungszone. NS-Kriegsverbrecher wurden in der sowjetischen Besatzungszone konsequenter verfolgt, als dies in den westlichen Besatzungszonen der Fall war. Der Bruch der neuen Machthaber mit dem NS war vermeintlich größer und auch auf kultureller und wissenschaftlicher Ebene wurde zunächst ein reges Interesse am Verstehen und Aufarbeiten von Auschwitz gezeigt. Unter anderem verwiesen die ehemaligen Flüchtlinge (und späteren KPD- bzw. SED-Mitglieder) Paul Merker, Leo Zuckermann und Siegbert Kahn auf die zentrale Rolle des rassistischen Antisemitismus während der NS-Zeit. Sie verwiesen vollkommen richtig darauf, dass eben jener das »Kernstück der faschistischen Weltanschauung« gewesen sei. Infolge dessen forderten sie »Wiedergutmachungszahlungen« an die jüdischen Opfer der deutschen Vernichtungsmaschinerie. Entgegengesetzte Positionen wurden von den bestimmenden SED-Funktionären, rund um Walter Ulbricht und Hermann Matern, vertreten. Diese sahen im Hauptmerkmal der NS-Zeit die »Versklavung der Arbeiter« und deuteten den Antisemitismus nur als »Verhetzung der Volksmassen«. In den Stellungnahmen und Erklärungen dieses Personenkreises fand der Holocaust nur am Rande Beachtung. Weiterführend wurden von staatlicher Seite Wiedergutmachungszahlungen abgelehnt. Stattdessen gab es Opferrenten. Die enteigneten Grundstücke und Gebäude der Opfer des Holocaust wurden nicht etwa an die Hinterbliebenen zurückgegeben, sondern blieben weiterhin unter staatlicher Verwaltung. Mit der Staatsgründung der DDR 1949 wurden die teilweise noch offen geführten Diskussionen durch Stillschweigen und Desinteresse ersetzt. Deutlich wurde dies nach der Verurteilung des jüdischen Kommunisten Rudolf Slánský, welcher 1952 in der Tschechoslowakei erhängt wurde, und den 1953 von Karl Wilhelm Fricke veröffentlichten

Schriften »Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slánský«. Er war wegen Hochverrats angeklagt und als »Leiter eines staatsfeindlichen Verschwörungszentrums« verurteilt worden.

Innerhalb der SED gab es mehrere Parteiausschlussverfahren gegen vermeintliche Regimefeinde oder Kritiker, welche des Öfteren von antisemitischen Erscheinungen begleitet wurden. Der populärste Fall ist wohl der Prozess gegen Paul Merker, welchem das Einsetzen für Wiedergutmachungszahlungen an die jüdischen Opfer zur Last gelegt wurde. Er wurde zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Während der Verhöre und der Prozesse wurde er unter anderem als »König der Juden« bezeichnet; er sei »von den Juden gekauft worden« und wollte die »DDR an die Juden verkaufen«. Die SED erklärte ihrerseits, Merker sei ein »Subjekt der USA-Finanzoligarchie« und sei zum »Feind des eigenen Volkes« geworden, nachdem er die »Interessen zionistischer Monopolkapitalisten« vertreten habe. Allein die Begrifflichkeiten, welche das DDR-Regime gebrauchte, zeigen auf, dass der (ost-)deutsche Antisemitismus lange nicht bewältigt, und (bis dato) keine Lehre aus Auschwitz gezogen wurde.

Buchverbannung

Die Lehrbuch- und Bibliothekspolitik der DDR erwies sich als nicht minder antisemitisch. Die verfolgten und ermordeten Opfer der Shoah wurden in den Lehrbüchern höchstens noch als »Opfer unter vielen« gesehen. Im staatlichen Buchvertrieb wurden die »Opfer- und Leidensgeschichten« zurückgedrängt und aus den Bibliotheken wurden Werke über die deutsche NS-Vernichtungsmaschinerie wieder aus dem Werkskatalog aussortiert, obwohl sie oft erst kurz zuvor angeschafft worden sind. In der DDR war die Literatur über die NS-Zeit hauptsächlich auf die »Kämpfer gegen den Faschismus« ausgerichtet. Dadurch, dass die Juden eher die Rolle der Opfer zugewiesen bekamen, fanden sie in der national-heroischen Erinnerungskultur der DDR keinen Platz. Ebenfalls deutlich

³ Als Primärtext wurde der Beitrag »Sieger der Geschichte. Auschwitz im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik der DDR« von JAN GERBER in der Publikation *Trotz und wegen Auschwitz*, Erstauflage 2004, verwendet.

wurde dies an der Tatsache, dass den jüdischen Opfern Gedenkstätten im Bezug auf ihre jeweiligen Herkunftsstaaten errichtet wurden. Der Holocaust an sich wurde also nicht mehr als Mord an Jüdinnen und Juden dargestellt. Das Mordmotiv Antisemitismus wurde ausgeblendet.

Adolf Eichmann

Die Gefangennahme des NS-Verbrechers Adolf Eichmann im Jahr 1960 stellte einen, zumindest nach außen hin, vermeintlichen Wandel der DDR-politischen Erinnerungskultur dar. Realpolitisch wurde Auschwitz jedoch dazu benutzt, die deutsch-deutschen Beziehungen zu destabilisieren. Der ostdeutsche Staat startete eine Kampagne, in welcher man die NS-Vergangenheit von prominenten westdeutschen Funktionsträgern thematisierte. Damit entdeckten die Verantwortlichen jedoch nicht plötzlich Interesse an den jüdischen Opfern, sondern sie wollten die westdeutsche Existenz und den »kapitalistischen Imperialismus« delegitimieren. Mehr aus Prestige als aus Gewissen investierte die DDR infolgedessen Geld zur Unterstützung der Vorbereitung für jüdische Gedenkveranstaltungen zum Jahrestages der Pogromnacht von 1938. In den folgenden Jahren erschienen einige Bücher, die dem westlichen Standard zum Thema Holocaust entsprachen.

Die Opfer der Shoah wurden höchstens als »Opfer unter vielen« gesehen.

So zum Beispiel das Werk »Kennzeichen J« aus dem Jahre 1966. In den darauf folgenden Jahren konnten immer wieder, wenn auch viel zu wenig, literarische und wissenschaftliche Aufarbeitungsversuche vermerkt werden. Dies geschah vor allem in zahlreichen autobiographischen Werken als auch in Film- und Fernsehproduktionen. Im Zuge der in den frühen 80er Jahren aufkommenden internationalen Erinnerungspolitik, zog auch die DDR mit und es konnten vermehrt Initiativen zur Gedenkpolitik, vor allem auch von kirchlicher Seite, beobachtet werden. Die Bitburg-Affäre im Jahr 1985⁴ versuchte die DDR-Führung zu ihrem Vorteil zu nutzen, indem sie versuchte amerikanische und europäische Juden auf ihre Seite und gegen die BRD aufzubringen. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und den USA sollten mit einem Treffen im Weißen Haus, welches die SED-Führung erreichen wollte, bestärkt werden. Lothar de Maizière erklärte im Jahr 1990 es gelte die Schuld der Deutschen gegenüber den Juden anzuerkennen. Er führte damit die Erinnerungspolitik, welche sich ab den 1980er Jahren intensiver mit der Shoah beschäftigte, fort.

⁴ Als Bitburg-Kontroverse wurde in den Medien die Diskussion benannt, die sich nach der von US-Präsident Ronald Reagan gemeinsam mit Bundeskanzler Helmut Kohl am 5. Mai 1985 vorgenommenen Kranzniederlegung an der Gedenkstätte des KZ Bergen-Belsen bei Celle und auf dem Soldatenfriedhof »Kolmeshöhe« in Bitburg entspann. Am Besuch in Bitburg entzündete sich in der Öffentlichkeit eine Debatte, da in Bitburg neben deutschen Wehrmachtangehörigen auch Angehörige der Waffen-SS beerdigt sind.

Dimitroff-Formel

Die Dimitroff-Formel ist eine vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale erarbeitete Formel, die die Grundlage und den Rahmen für die Analyse der NS-Zeit und seiner Verbrechen in der DDR bildete. Die Geschichtswissenschaft verzeichnete zwar Veränderungen seit den 60er Jahren, jedoch verließen die Grundlagen der Formel nie die Schulbücher und Zeitungsartikel der DDR. Nach der Formel ist Faschismus die »offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.« Somit wurde der deutsche Faschismus faktisch als extreme Form des Kapitalismus betitelt und seine Besonderheit, der eliminatorische Antisemitismus und seine Massenbasis, ausgeblendet. Walter Ulbricht ließ bereits 1945 verlauteten, dass das »Kapitel Namen und Adresse« besitzt und nannte in dem Zusammenhang »300 deutsche Plutokraten«, welche 1932 in Düsseldorf an einem Treffen mit Hitler teilgenommen hatten. Diese identifizierte er als Auftraggeber des Nationalsozialismus. Daraus folgernd wurde die Massenbasis der NS-Bewegung ausgeblendet, und der Arbeiterklasse eine Resistenz gegen den Nationalsozialismus und seinen Antisemitismus zugeschrieben. Sie hätten in »unzähligen Fällen versucht [...] dagegen vorzugehen«, wie es in »Juden unterm Hakenkreuz«, welches eine der bekanntesten Publikationen der DDR zum Thema Holocaust war, unter anderem zu lesen war. In selbigem Buch wurde auch geschrieben, dass Antisemitismus nur durch eine »verschwindende Minderheit vorbehaltlos bejaht und von der Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse abgelehnt« wurde. Die Maßnahmen der NS-Regierung, samt Auschwitz, wurden durch eine »Übereinstimmung mit dem übergeordneten Klasseninteresse der aggressivsten Kreise des Finanzkapitals« getroffen. Sprich: die Shoah resultierte laut der Dimitroff-Formel fast ausschließlich aus Profitgier und der Bereicherung an den jüdischen Opfern. Gegenstimmen kamen zum Beispiel vom Wirtschaftstheoretiker Jürgen Kuczynski, welcher von der Vorstellung abrückte, dass Auschwitz sich aus den direkten Verwertungsinteressen des Monopolkapitals ableiten ließe. Laut Kuczynskis »Barbarei-These« war die »Ermordung der Juden ableitbar aus dem barbarischen System der faschistischen Monopolherrschaft«. In derselben Schrift erklärte er über Eichmann, dass dieser »auch nichts als ein Manager gewesen sei«, eben ein Manager des deutschen Vernichtungswahnsinns. Der Geschichtswissenschaftler Heinz Kühnrich erklärte den Antisemitismus dadurch, dass er »ein Ausdruck des Profitstrebens der herrschenden Klasse« war und die »faschistische Judenpolitik ein einziger Raubzug,

angefangen von der Plünderung des Besitzes der Vergasteten bis zur Aneignung ganzer Industriebetriebe« gewesen sei. Die politischen Ziele, welche Kühnrich unterstellte, waren die »Bevölkerung von der Empörung über die Ausbeutung abzulenken«, und Regimegegner abzuschrecken und somit die Opposition zu schwächen. Der antisemitische Hass auf die Juden fand in der DDR-Antisemitismusforschung eher weniger Beachtung. Das ehemalige KPD-Mitglied Friedrich Karl Kaul erklärte, dass der Antisemitismus dazu diene im reaktionären deutschen Imperialismus alle Schwierigkeiten auf die Juden abzuwälzen und »damit seine Herrschaft zu festigen«. Die Shoah galt demzufolge nur als eine Randerscheinung des Nationalsozialismus, weniger als Hauptkennzeichen. Es handele sich eher um ein »nebensächliches Phänomen«, welches sich den Zielen der damals angeblich herrschenden Monopolisten untergeordnet haben soll.

»Ich mal mir die Welt, wie sie mir gefällt.«

Die Forschung und Geschichtsschreibung der DDR war gekennzeichnet durch eine überaus heroische Darstellung des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime. Der Nationalsozialismus als solcher und auch die Shoah wurden als ökonomisches Phänomen beschrieben und damit auch der Hauptteil der Bevölkerung von der Schuld daran entlastet, denn Schuld wäre nur die Monopolbourgeoisie. Den Eliten wurde vorgeworfen, das »eigene Volk verführt zu haben« und die 12-jährige Schreckensherrschaft wurde als »Phase der Fremdherrschaft verstanden«, »als gehöre die NS-Zeit gar nicht zur Vorgeschichte der eigenen Gesellschaft«, wie es Martin Broszat 1986 in seinem Buch »Nach Hitler« beschrieb. Als ob alle in der DDR lebenden Menschen niemals auch nur irgendwie an den NS-Verbrechen beteiligt gewesen sein könnten, erklärte Kurt Löffler, damals der Kirchenbeauftragte der DDR, bei einem Staatsbesuch in Israel 1989, dass »sein Land« selbst indirekt Opfer der Nazis geworden sei und somit keine Verantwortung für Auschwitz zu übernehmen brauche. Daher seien von DDR-Seite auch keine Wiedergutmachungszahlungen zu leisten. Dem staatlichen Selbstverständnis der DDR, antifaschistisch und auch nur »Opfer der Faschisten« gewesen zu sein, wurde offiziell Ausdruck verliehen. Die Bevölkerung wurde somit »posthum zu einem Teil der Antihitlerkoalition erhoben«, wie es Ralph Giordano 1987 auf den Punkt brachte. Die eigene Rolle bzw. Rolle der Familie wurde geleugnet um die Identifikation mit dem neuen Staat zu stärken. Im Zuge dessen wurde der Umgang mit der Vergangenheit verlagert hin zur staatlichen Abgrenzung gegenüber dem »westdeutschen Staat der Kriegsverbrecher«.

Die Beziehungen der DDR zu Israel waren auch durch eine seltsame Form der Auseinandersetzung im Bezug auf die jeweilige politische Außensicht geprägt. Nach der Staatsgründung Israels erklärten Vertreter des SED-Regimes noch, dass der

»jüdischen Bevölkerung alle Sympathien gehören und diese tatkräftig durch alle fortschrittlichen Kräfte« unterstützt werden müssen. Nach 25 Jahren war im DDR-Rundfunk jedoch zu hören: »Wir lassen uns auch nicht von jenen erpressen, die uns mit dem heuchlerischen Gerede irgendwelcher besonderer Beziehungen zwischen Deutschen und Juden kommen.« Erklärt wurde auch, dass »ein schuldbeladenes Gewissen inzwischen gegenstandslos geworden« sei. Bereits seit Mitte der 1950er Jahre vertrat das DDR-Regime einen starken Antizionismus, da ihnen Israel nur als »Brückenkopf des US-Imperialismus« galt. Dass gerade die Sowjetunion maßgeblich an der Gründung des Staates Israel beteiligt war, verschwieg die DDR-Regierung gerne, sei es in Reden oder in den Rundfunkanstalten. 1968 ließ der Friedensrat der DDR folgende Botschaft an die arabischen Staaten verlauten: »Wir Deutschen erinnern uns nur zu gut, dass vor wenigen Jahrzehnten deutsche Eroberer mit ihrem ›Großdeutschland‹ triumphierten, und wir erfahren mit Schrecken, dass nun ›Groß-Israel‹ Trumpf und Triumph sein soll.« Eine Gleichsetzung des Staates Israel mit dem NS-Deutschland besiegelte endgültig die Brüche und Defizite in der DDR-Gedenkpolitik. Die »zionistische Endlösung der Palästinenserfrage« sei ein Verbrechen bei dem »selbst Superlative« nicht ausreichen würden um ihren Schrecken zu beschreiben. Derartige antisemitische Ausbrüche beweisen zudem relativ deutlich, dass die Unschuld der DDR-Bevölkerung an Auschwitz nicht so groß sein kann, sonst wäre der Nährboden für derartigen antijüdischen Hass kaum gegeben.

Nichts hat sich geändert

Die Beschäftigung mit Auschwitz während der DDR-Periode muss vor allem vor dem Hintergrund des Kalten Krieges verstanden werden. Die Shoah wurde als nebensächliches Phänomen des deutschen Faschismus verstanden, denn als rassischer und antisemitischer Massenmord. Die Ermordung der Juden wurde als bewusstes Kalkül der politischen Monopolisten verstanden, welche hauptsächlich wirtschaftliche Interessen (Ausbeutung) pflegten. Die deutsche Bevölkerung wurde demnach von der Schuld freigesprochen. Infolgedessen, dass Antisemitismus als Strategie kapitalistischer Eliten verklärt wurde, sei eben jener, als auch der Rassismus, in der DDR nicht möglich, da das Finanzkapital mit seinen Wurzeln ausgerottet worden sei. Die in der DDR immer wieder beschriebene Dimitroff-These tat ihr übriges, um auch den Nachwuchs schnell zu derartigen Denkstrukturen zu erziehen. Eine gesunde Aufarbeitung und ein somit nötiges Schuldeingeständnis, auch der deutschen Bevölkerung, wäre die Voraussetzung für eine Gedenkpolitik gewesen, welche nötig gewesen wäre um die NS-Verbrechen nicht zu verharmlosen. Dies ist nicht geschehen. Nicht in der DDR, nicht in der BRD und auch nicht im wiedervereinigten Deutschland.

DER VOLKSTRAUERTAG IN FRIEDRICHRODA⁵

FRIEDRICHRODA ist eine beschauliche Kleinstadt in Westthüringen mit etwa 7 000 Einwohnerinnen und Einwohnern, idyllisch gelegen am Nordrand des Thüringer Waldes. Wer sich hier verirrt, ist vermutlich auf der Durchreise oder einfach Tourist. Im Luftkurort gibt es allerlei Möglichkeiten zum Aktivurlaub. Im Jahr 2011 eröffnete in Friedrichroda sogar das deutschlandweit erste Informationszentrum für »Spirituellen Tourismus«, für Reisen mit religiösem Hintergrund. Wer sich etwas in der Stadt bewegt, wird den Gedanken nicht los, dass die Zeit hier etwas langsamer läuft, die Eingeborenen etwas eigener und behäbiger unterwegs sind als etwa im 15 km entfernten Gotha. Es ist ein typisches dörfliches Flair, eine Mischung aus Gemächlichkeit, Blutsurenge und Argwohn gegenüber Fremden, denen man kein touristisches Bedürfnis abnimmt. In Friedrichroda, so scheint es, ist man gern unter sich und will von den Problemen der Welt lieber nichts wissen. Logisch, dass in solch einem Klima aufklärerisches Denken abgemeldet ist. Das zeigt sich selten deutlicher als beim alljährlichen Nazifackelmarsch am Volkstrauertag.

12 Jahre Naziaufmarsch

Seit 2003 findet dieser Aufmarsch, der im Nazijargon »Heldengedenken« heißt, in den Abendstunden des Volkstrauertages in Friedrichroda statt und hat sich über die Jahre zu einem der größten regelmäßigen Naziaufmärsche in Thüringen entwickelt. Bis zu 150 Neonazis pilgerten jährlich nach Friedrichroda um im kleinstädtischen Idyll die deutschen Vernichtungstruppen hochleben zu lassen. Auch wenn die Teilnehmerzahl im Jahr 2013 schwächelte und die NPD in jenem Jahr gleich nach Eisfeld, auf die andere Seite des Rennsteigs, auswich, die Nazis fühlen sich pudelwohl in Friedrichroda. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung des Friedrichrodaer Naziaufmarsches zu einem regelmäßigen Event hat die Bevölkerung der Stadt, ihre gewählten Verantwortlichen sowie die öffentliche Berichterstattung. Der Aufmarsch wurde über Jahre von allen Beteiligten bestenfalls ignoriert. Stadtrat, Bürgermeister und Lokalpresse hielten dieses Vorgehen im Interesse des Standorts für das vernünftigste. Auch als im Jahr 2005 am Rande des Aufmarsches eine Antifaschistin brutal von mehreren Arnstädter Nazis zusammengeschlagen wurde, hat sich an dieser Einstellung nichts geändert. Geändert hat sich über die Jahre die Organisation des Aufmarsches. Während dieser zunächst vom Friedrichrodaer Neonazi Michael Burkert und aus der Kameradschaftsszene organisiert wurde, hat nach und nach die NPD mit ihrem Gothaer Kreisvorsitzenden Sebastian Reiche die Organisation übernommen. Bis zum Jahr 2013. Nachdem es lange Zeit so aussah, als hätte die NPD mit dem Friedrichrodaer »Heldengedenken« abgeschlossen und die Partei ihren zentralen Aufmarschort sogar nach Eisfeld verlegte – wo, nebenbei bemerkt, mehrere hundert Menschen dagegen protestierten – wurde die Organisation des Aufmarsches wieder durch die Kameradschaftsszene übernommen. Auch 2014 wurde wieder maßgeblich aus diesem Milieu für den Aufmarsch geworben, auch wenn es auf der Homepage des »Thüringer Heldengedenkens« hieß, dass die Organisationsleitung aus mehreren Gruppen des

»nationalen Lagers« bestände. Die NPD-Gotha bewarb den Aufmarsch auf ihrer Facebook-Seite.



Plakat zur Antifa-Aktionswoche 2014

Antifaschistischer Widerstand

Im Jahr 2009 gab es zum ersten Mal organisierte antifaschistische Proteste in Friedrichroda. Die öffentliche Berichterstattung und Auseinandersetzung überschritt deswegen nicht wesentlich die Dimensionen der Vorjahre. Wie die Stadt jahrelang den Naziaufmarsch ignorierte, wollte sie auch die Proteste dagegen aussitzen. Erst in den Jahren 2013 und

⁵ Nachfolgender Text ist eine kurze Bestandsaufnahme der Ereignisse rund um den Volkstrauertag in Friedrichroda, die in veränderter Fassung und geschrieben vom Autor Ox Y. Moron in der Erfurter Zeitschrift Lirabelle vom September 2014 unter dem Titel »Es wird Herbst im Ignorantenstadl« bereits erschienen ist. Der Beitrag leitet über in eine unvollständige Chronik des antifaschistischen Protestes in Friedrichroda.

2014 sollte sich die Strategie der Ignoranz von Politik und Öffentlichkeit ändern. Im Vorfeld des jährlichen Aufmarsches verlieh das Antifa-Bündnis Gotha im Rahmen einer Kundgebung der Stadt Friedrichroda am 6. November 2013 den Goldenen Scheißhaufen, einen Preis für »10 Jahre Ignoranz und Akzeptanz von Naziaufmärschen, NS-Verharmlosung und Menschenhass«. Das Echo darauf war ambivalent, während Lokalpolitik und Bürgermeister empört waren über die Aktion der rufmordenden Antifa, zeigte sich v. a. auf sozialen Netzwerken, dass es durchaus mehr als eine Handvoll Friedrichrodaer gibt, die für das Vorgehen der Antifa Sympathie hegten und denen die Jahre der Ignoranz bitter aufstießen. An der Antifa-Demo gegen Volkstrauertag und Naziaufmarsch beteiligten sich trotzdem nur wenige von ihnen. Den vollmundigen Ankündigungen zum Trotz, stand die Antifa in Friedrichroda auch 2013 allein auf weiter Flur. Im Jahr 2014 kam es zum endgültigen Bruch der Stadtoberen mit der Strategie der Ignoranz. Der der Extremismuskonzeption auf dem Leim gegangene, parteilose Bürgermeister von Friedrichroda, Thomas Klöppel, rief unter Leugnung der politischen Ausrichtung sogar zur Teilnahme an der Kundgebung der Antifa auf und nahm selbst daran teil. Dort hörte er sich fast zwei Stunden lang die Kritik des Antifa-Bündnisses an seiner eigenen Ideologie an.

Heimatschutz light – Eine Stadt und ihre Nazis

Die Situation in Friedrichroda ist eine besondere. Eine gegen Nazis engagierte Zivilgesellschaft gibt es in der Kleinstadt faktisch ebenso wenig, wie eine kritische öffentliche Berichterstattung durch die lokalen Medien. Lediglich im Jahr 2012 fand sich auf dem REWE-Parkplatz, nahe dem Auftaktort der Nazis, eine bibelfeste Gesangsgruppe, geleitet vom Pfarrer des Nachbarortes, ein, die ihr Singstündchen vermutlich als Zeichen des Protestes gegen den Aufmarsch verstand. Genaueres ist nicht bekannt, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gesangskreises weigerten sich beharrlich, mit den Antifas in Kontakt zu treten und schlossen die Reihen nach jedem Annäherungsversuch um so fester.

Damit steht die autonome Antifa – ob sich der Paradigmenwechsel von 2014 auch in den nächsten Jahren fortsetzt, wird sich zeigen – in Friedrichroda vor einer doppelten Aufgabe. Sie muss einerseits, was ihr in anderen Städten und Dörfern längst von der Zivilgesellschaft abgenommen wurde, die Aufmärsche der Nazis und die Ignoranz der Verantwortlichen problematisieren und sie muss andererseits den Blick auf die gesellschaftlichen Ursachen von Naziideologie lenken. Die Erfahrung zeigt, dass es schwer fällt den zweiten Schritt

ohne den ersten zu tun. Anders gesagt: Wer Aufmärsche von Neonazis nicht problematisch findet, wird sich in der Regel nicht für die gesellschaftlichen Ursachen interessieren, geschweige denn die Gesellschaft, die die Nazis hervorbringt, abschaffen wollen. Ebenso beinhaltet der erste Schritt nicht automatisch den zweiten, kann aber trotzdem schon einen Fortschritt bedeuten: Leute, die Nazis und ihre Aufmärsche problematisieren, finden dafür unterschiedlichste Gründe und selbst die Verantwortlichen der Stadt Friedrichroda haben in den Jahren 2013 und 2014 dem Druck des Antifa-Bündnisses nachgegeben und ihr eisernes Gebot des Verschweigens gebrochen. Ob sich dieser Strategiewechsel als dauerhafter und als einer des Fortschritts erweisen wird, werden die kommenden Jahre zeigen.

Der Volkstrauertag steht wie kein anderer Gedenktag im Zeichen des offensiv betriebenen Vergessens der deutschen Verbrechen.

Am 29. Oktober 2013, also knapp drei Wochen vor dem Volkstrauertag, verabschiedete der Stadtrat eine Resolution »gegen verfassungsfeindliche Aufmärsche in Friedrichroda«. Den Zorn der Stadtväter erregte vor allem die Antifa, denn an den über Jahre protestfrei ablaufenden Naziaufmärschen störte man sich bekanntlich nie. Die Stadtratsresolution ist vielsagend, aber dient sicher nicht der Aufklärung über das Problem, sondern dessen Bewältigung im schlechtesten aller Sinne. Die Stadt und ihr Parlament versucht sich in der Abwehr der Nestbeschmutzer und macht dabei keinen Unterschied zwischen der Fraktion, die nach Friedrichroda reist, um die deutschen Vernichtungstruppen zu verherrlichen und der Fraktion, die dagegen Widerstand organisiert. Weder rechten noch linken »Aufmarschtourismus« wünsche man sich, denn beides schade »dem Image unseres Urlaubsortes erheblich«. Damit ist auch klar, warum die Stadt in den ersten Jahren keine öffentlich verlautbarten Probleme mit dem Aufmarsch hatte. Immerhin war der Anmelder, nämlich der Friedrichrodaer Bäckermeister Michael Burkert, einer von ihnen und im Ort »fest verankert«, wie es in der Resolution heißt und eben kein »Aufmarschtourist«. NS-Verharmlosung und Menschenhass in Friedrichroda also bitte nur, wenn sie von Einheimischen vorgebracht werden und so, dass das Image des Kurorts unbeschädigt bleibt.⁶ Die Äußerungen aus diesem Kreis im Jahr 2014 waren, was ihre inhaltliche Bestimmung angeht, kein Stück klüger.

Die Resolution des Stadtrates von 2013 und der Protestaufruf im Jahr 2014 stehen voll im Zeichen von Ignoranz und Verharmlosung und wer so was im Land der Geläuterten und Wiedergutgewordenen ohne Reibungsverluste bekräftigen

⁶ In Gänze nachzulesen hier: <http://bit.ly/1qdtZ1X>

⁷ Eine ausführlichere Kritik am Stadtratsbeschluss der Stadt Friedrichroda findet sich im Redebeitrag der Antifa Gotha aus dem Jahr 2013, der in dieser Broschüre auf S. 22 dokumentiert ist.

will, der bedient sich hierzulande der Extremismuskonzeption. Böse (rechte und linke) Ränder, gute (demokratische) Mitte – so einfach ist die Welt⁸ und um jeden Zweifel zu beseitigen, lud man sich im Nachgang des Aufmarsches den Thüringer Verfassungsschutz zum Gespräch über Extremismus in Thüringen zur öffentlichen Stadtratssitzung ein. Am 6. Februar 2014 referierte »Thomas Schulz« im Auftrag der best ausfinanzierten Thüringer Kameradschaft und Unterstützerin der NSU-Mörderbande über dieses und jenes und wusste das Ressentiment gegen die Gewalttäter von beiden Seiten zu rechtfertigen. Ungestört blieb er dabei nicht, das Antifa-Bündnis Gotha störte die Veranstaltung und verlas, bevor der Schlapphut das Wort ergriff, im Saal ihre Kritik an der Veranstaltung und am eingeladenen Referenten.⁹

Kritik der deutschen Gedenkpolitik

Während die Lokalpolitik zwischen den ideologischen Nachfahren von Mördern und deren politischen Gegnern keinen Unterschied erkennen will, ging es der Antifa von Beginn an darum, ein differenziertes Verhältnis zwischen dem Treiben der Neonazis in Friedrichroda und den allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen zu vermitteln, die dieses Treiben möglich machten. In der konkreten Situation des Volkstrauertages bedeutete das, auf das gemeinsame Anliegen von Nazis und deutscher Gedenkpolitik aufmerksam zu machen. Der Volkstrauertag steht wie kein anderer Gedenktag im Zeichen des offensiv betriebenen Vergessens der deutschen Verbrechen. Zum Volkstrauertag soll ausdrücklich der »Kriegstoten und Opfer der Gewaltherrschaft aller Nationen« gedacht werden. Daran kritisiert das Antifa-Bündnis in Aufrufen der Jahre 2013 und 2014:

»Jeder spezifische historische Charakter jener »Gewaltherrschaft[en]«, die durchaus inzwischen auch den Staatskapitalismus der DDR einschließt, geht in einem solchen Gedenken verloren. Die deutschen Täter, die Millionen Menschen ausrotteten, stehen in einer Reihe mit den Mauertoten, den gefallenen Alliierten und den Opfern der Deutschen. Ein solches nivellierendes, also zwischen Opfern und Tätern nicht mehr unterscheidendes, Gedenken im Land der Täter ist für die politische Linke und für alle Menschen problematisch, die dafür eintreten, dass die Bedingungen der deutschen Barbarei, die Bedingungen des eliminatorischen Antisemitismus in diesem Land und weltweit beseitigt werden. Die gleichmachende deutsche Gedenkpolitik zum Volkstrauertag

ist Ausdruck eines Bewusstseins, das die wirkliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus ablehnt, verdrängt bzw. diesen überhaupt vergessen machen will. [...] Eine solche Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit hätte u. a. die Kontinuität jener Bedingungen, die nach Auschwitz führten und die bis in die Gegenwart fortauern, zu thematisieren und zum Gegenstand politischer Kämpfe zu machen. Im Sinne eines solchen antifaschistischen Kampfes ist ein Gedenken an die deutschen Täter nicht hinnehmbar.«

Dass die Nazis also den Volkstrauertag gewissermaßen als ihren Gedenktag verstehen, überrascht keineswegs und ist alles andere als eine Instrumentalisierung, wie die bürgerlichen Geschichtsrevisionisten das gern hätten. Sie betreiben den deutschen Opfermythos nur viel offener und unverfrorener als die gewöhnliche deutsche Gedenkpolitik. Während die Lieberknechts, Matschies und deren lokalpolitische Pendanten für Frieden und Versöhnung mahnen, rufen die Nazis in Friedrichroda lieber symbolisch und in einer unheimlichen Zeremonie die Geister der gefallenen Soldaten des Heeres, der Kriegsmarine, der Luftwaffe, der Waffen-SS und des Volksturms in ihre Reihen zurück. Während es der gewöhnlichen deutschen Gedenkpolitik darum geht, die Geschichte hinter sich zu lassen und aus ihr bestenfalls noch Kapital für neue Ungeheuerlichkeiten zu schlagen, geht es den Nazis um die vollständige Rehabilitierung der deutschen Vernichtungstruppen. Beides ist auf unterschiedliche Weise widerlich und ein Themenfeld für die Antifa. Auch in den kommenden Jahren.



Die Pilgerstätte der Thüringer Nazis: Das Vaterland-Denkmal in Friedrichroda

⁸ Eine kritische Auseinandersetzung mit Friedrichrodas Bemühungen um die moralische Überlegenheit gegenüber »Extremisten« findet sich in der Alerta Südthüringen #3 vom Winter 2014/15, S. 23ff. Online: <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=676>. Der Beitrag aus der Alerta ist die überarbeitete Version eines am 16. November in Friedrichroda verlesenen Redebeitrags, der in der Auswertung der Antifa Suhl/Zella-Mehlis für das Jahr 2014 nachzulesen ist: <http://bit.ly/1yCSjAp>

⁹ Vgl. <http://bit.ly/V916ei>

EINE CHRONOLOGIE DER PROTESTE GEGEN DAS »HELDENGEDENKEN« DER NAZIS IN FRIEDRICHRODA

2005

BEVOR SICH IM JAHR 2009 erstmals ein Antifabündnis mit dem Ziel einen öffentlichen Protest gegen das Heldengedenken der Nazis zu organisieren, formierte, fand der Naziaufmarsch in Friedrichroda ohne größeren Widerspruch statt. Nur vereinzelt leisteten angeirte Antifa-

schist_innen Protest gegen die Nazis, unter Gefährdung ihre körperlichen Unversehrtheit, wie sich an einem Vorfall im November 2005 zeigte. In diesem Jahr schlugen vier Arnstädter Neonazis am Rande des Fackelmarsches in Friedrichroda eine junge Antifaschistin zusammen.

Was war passiert?

Am 13. November 2005 fand, wie schon die zwei Jahre zuvor, wieder das sogenannte Heldengedenken der Neonazis zum Volkstrauertag in Friedrichroda statt. In diesem Jahr fanden sich bei den Nazis über 100 Teilnehmer ein, während der Aufmarsch der Nazis durch die Einwohner_innen von Friedrichroda wie gehabt weitestgehend ignoriert wurde und antifaschistischer Protest nur in Form von am Rande der Demonstration zusammengefundener Einzelpersonen stattfand.

Als der Fackelmarsch der Nazis an einer Seitenstraße vorbei zog, in der sich zwei Antifaschist_innen befanden, die lautstark ihren Protest äußerten, lösten sich vier der Teilnehmer vom Demonstrationzug, um die Antifaschist_innen anzugreifen. Die vier Neonazis aus Arnstadt Enrico Hartung, Steffen Hennrich und die Brüder Sven und Nico Geyer (zum Tatzeitpunkt zwischen 25 und 31 Jahren alt) rannten dabei vom Ende der Demonstration zielgerichtet auf die zwei Antifaschist_innen zu, welche die Flucht antraten. Eine_r der beiden Antifaschist_innen konnte erfolgreich flüchten. Eine zum damaligen Zeitpunkt 16-jährige Antifaschistin wurde allerdings von den Tätern eingeholt. Die Angreifer brachten sie zu Fall und schlugen und traten auf offener Straße auf sie ein. Erst als Patrick Wieschke, damals ein Ordner der Demonstration, seine Kameraden zurück pfiß, ließen sie von der Geschädigten ab und zogen sich zurück. Die Betroffene erlitt Prellungen und Hämatome am ganzen Körper.

Auf das Eingreifen der Polizei konnte sie sich dabei nicht verlassen. Diese waren am Tag selber mit 19 Einsatzkräften vor Ort und, laut Aussage eines Beamten beim 2,5 Jahre später stattgefundenen Prozess, mit den »erheblich aufgebrachten Teilnehmern« der Nazidemo überfordert. Mehrere Beamte bestätigten vor Gericht, beobachtet zu haben, wie vier Neonazis die Demonstration rennend verlassen haben, keiner allerdings wollte gesehen haben, dass diese in der Seitenstraße eine

Gegendemonstrantin zusammen schlugen.



Die Arnstädter Nazischläger am 2. Prozesstag vorm Amtsgericht Gotha am 15. Februar 2008: (v. l. n. r.) Sven Geyer, Enrico Hartung, Nico Geyer, Steffen Hennrich

Während des Prozesses im Februar 2008, bei dem sich Enrico Hartung, Steffen Hennrich und die Brüder Sven und Nico Geyer wegen gemeinschaftlich begangener schwerer Körperverletzung verantworten mussten, wurde ein weiteres Mal das Versagen der Polizei offenbar, als sich herausstellte, dass nicht nur niemand der Beamten eingegriffen hat oder etwas gesehen haben will, obwohl zum Zeitpunkt des Übergriffes jener von einem Augenzeugen beobachtet und dem Polizeinotruf gemeldet wurde. Eben dieser Augenzeuge wurde niemals polizeilich verhört. Erst beim Prozess selber erfuhr die Staatsanwaltschaft von der Existenz eines Augenzeugen, welcher nachträglich geladen wurde und die Schilderungen der Betroffenen bestätigte.

Der von der als Nebenklägerin auftretenden Betroffenen geschilderte Tathergang konnte vor Gericht bestätigt werden, sodass die vier Angeklagten wegen gemeinschaftlich begangener schwerer Körperverletzung verurteilt wurden. Und das obwohl die Angeklagten den

Vorwurf mit der Begründung, die Geschädigte habe sich die Verletzung selbst bei einem Sturz zugefügt, zurückwiesen, niemand der vor Ort gewesenen Ordnungsamt- und Polizeibeamten etwas gesehen haben will oder sich nicht erinnern könne und die Anwälte der Neonazis auf unschuldig plädierten, schließlich, so die Argumentation einer der Anwält_innen, muss eine Antifaschistin, die es sich erdreistet gegen einen Naziaufmarsch zu

protestieren, damit rechnen, verprügelt zu werden.

Das Urteil des Richters blieb unter den Forderungen der Staatsanwaltschaft und der Nebenklage. Die Täter wurden zu je sieben bzw. acht Monaten Freiheitsstrafe auf zwei Jahre Bewährung verurteilt, sowie zur Zahlung von je 800 € an das Frauenhaus Gotha bzw. zur Leistung von 200 Stunden gemeinnütziger Arbeit.

2009

DER VOLKSTRAUERTAG hatte sich binnen der Jahre zu einem festen Termin der Nazis zum Zwecke des Gedenkens an NS-Verbrecher entwickelt, so hat sich ein festes Programm für die Neonazis etabliert. Morgens gedenken die Neonazis ihren Helden in vielen Thüringer Städten und Gemeinden an Kriegsdenkmälern mit Kränzen, Andachten und zum Teil auch Reden. Beispielsweise alljährlich am Grab des unbekanntes Wehrmachtssoldaten an der Schmücke bei Gehlberg. Und abends fand im Jahr 2009 schon zum siebten Mal das Heldengedenken, wie es die Nazis in Anlehnung an die Bezeichnung des Volkstrauertages zu NS-Zeiten nennen, statt. Sie zogen, wie viele Jahre zuvor, wieder mit Fackeln durch Friedrichroda, um dort die Geister

der Soldaten des Heeres, der Kriegsmarine, der Luftwaffe, der Waffen-SS und des Volkssturms zurück in die Reihen ihrer Kameraden zu rufen. In diesem Jahr sollte es auch am Vortag des Volkstrauertages einen Aufmarsch der Nazis in Arnstadt geben, bei welchem diese planten mit Fackeln vom Hauptbahnhof, an der Innenstadt vorbei, bis zum Kriegsdenkmal an der Alteburg zu laufen.

Im Jahr 2009 formierte sich aber auch zum ersten Mal ein Antifa-Bündnis um gegen die zentrale Gedenkveranstaltung der Nazis in Friedrichroda, den geplanten Fackelmarsch in Arnstadt sowie gegen den geschichtsrevisionistischen Volkstrauertag als solchen vorzugehen.

Arnstadt



Reste der Antifa-Kundgebung auf dem Arnstädter Markt gegen den Naziaufmarsch; der Großteil der an diesem Tag in Arnstadt aktiven Antifaschist_innen ist zu diesem Zeitpunkt schon auf den Blockaden

Ursprünglich wollten die Nazis vom Hauptbahnhof, an der Innenstadt vorbei, bis zum Kriegsdenkmal an der Alteburg laufen. Die bürgerlichen Nazigegner bewirkten jedoch, dass das Denkmal mit einer Holzverkleidung von der Stadt ummantelt wurde. Weil die Nazis nicht zu einem Holzkasten demonstrieren wollten, änderten sie kurzfristig ihre Route. Da die Innenstadt belegt war mit Kundgebungen, mussten die Nazis auf einen Randbezirk Arnstadts ausweichen und marschierten durchs Westviertel.

Neben einer Kundgebung von bürgerlichen Nazigegner_innen auf dem Holzmarkt meldete das Antifa-Bündnis eine Kundgebung unter dem Motto »Deutschland denken heißt Auschwitz denken« auf dem Arnstädter Markt an, um ihre Kritik am Volkstrauertag nach außen zu tragen und einen Anlaufpunkt für

Antifaschist_innen zu schaffen, die dem Aufruf nach dezentralen Protestaktionen gefolgt waren. Ein Großteil der Kundgebungsteilnehmer_innen beteiligte sich im Laufe des Tages so auch an Blockaden gegen den Naziaufmarsch. Während eine von zwei Blockaden relativ schnell aufgelöst wurde, hielt die zweite Blockade stand und konnte so eine Verkürzung der Naziroute erzwingen. Die etwa 70 Personen umfassende Blockade wurde von der Polizei eingekesselt und alle sich in ihr Befindlichen als unter Polizeigewahrsam stehend erklärt. Die Blockade-Teilnehmer_innen wurden nach und nach unter Einsatz von Pfefferspray und körperlicher Gewalt von der Polizei festgenommen und ein Teil von ihnen in Gewahrsam genommen und in Arnstadt, Gotha und Ilmenau in den Polizeiinspektionen untergebracht. Während einige der Antifaschist_innen also den Abend in der PI verbrachten und teilweise erst nachts in dem umliegenden Städten freigelassen wurden, in die sie gebracht wurden, fuhren die Nazis am Abend noch nach Kirchheim, wo sie nach einer Spontandemonstration durch das Dorf den Tag bei einer Saalveranstaltung im Fachwerkhof ausklingen ließen, um dann am nächsten Tag nach Friedrichroda zu fahren.

Friedrichroda

Während die Nazis in Friedrichroda am Volkstrauertag wieder ihr gewohntes Programm führen und unter dem neuen Anmelder Sebastian Reiche (die Jahre davor war es der Friedrichrodaer Michael Burkert) wie gehabt von den Bewohner_innen Friedrichrodas ignoriert und unwidersprochen mit Fackeln zum Kriegsdenkmal zogen, um dort ihr schauriges Schauspiel abzuliefern, fanden sie in diesem Jahr zum ersten Mal öffentlichen Widerspruch in Form von Gegenprotesten des sich zu diesem Zwecke formierten Antifa-Bündnisses. Dieses eröffnete die geplante Demonstration mit einer Auftaktkundgebung am Zielort der Nazis, am Kriegsdenkmal. Da auf Grund der Erfahrung des Vortages mit brutaler und überzogener Polizeigewalt zu rechnen war und man nicht das Bild erzeugen wollte, dass die Antifa sich schützend vor ein geschichtsrevisionistisches Denkmal stellt, entschied man sich gegen eine Blockade und zog stattdessen, wie geplant, unter lautstarken Protest durch die Innenstadt. Es zog auch in diesem Jahr mit Verspätung der Fackelmarsch der Nazis zum Kriegsdenkmal, musste aber im Vergleich zu den Vor-

jahren auf Grund der angemeldeten Antifa-Demo eine stark verkürzte Route laufen. So gelang es dem Bündnis erstmals den bis dato quasi unwidersprochenen und störungsfreien Ablauf des »Heldengedenkens« in Friedrichroda zu brechen.



Ca. 150 Antifaschist_innen beteiligten sich an der ersten Antifa-Demo gegen den Naziaufmarsch in Friedrichroda

2012

DA SICH DIE TRADITION DER NAZIS fortsetzte und diese jährlich zum Volkstrauertag in Friedrichroda einen Fackelmarsch zum Kriegsdenkmal veranstalten und die Ignoranz der Einwohner_innen Friedrichrodas dem gegenüber ungebrochen war, formierte sich im Jahr 2012 erneut ein Bündnis aus Antifaschist_innen mit dem Ziel, den Naziaufmarsch zu stören und zu problematisieren sowie eine Kritik am Volkstrauertag zu formulieren und in die Öffentlichkeit zu tragen. So fanden sich auch im Jahr 2012 zahlreiche Antifaschist_innen zusammen um unter dem Motto »Volkstrauertag abschaffen – Gegen Nazis, Geschichts-

revisionismus und deutsche Opfermythen« zu demonstrieren. Die Erfahrungen vor Ort bestätigen, was zu vermuten war: in Friedrichroda herrscht »ein politisches Klima [...], das sich irgendwo zwischen Ignoranz und heimlicher Sympathie für das Nazianliegen einordnen lässt. Dass es auch in den kommenden Jahren nötig sein wird, gegen dieses Klima anzugehen, ist offensichtlich«, heißt es in der Auswertung des Bündnisses. Die Antifa Arnstadt-Ilmenau als Teil des Vorbereitungsverbands gelangt nach der Demonstration zu folgender Einschätzung:

Friedrichroda – Antifa-Demo gegen die Ignoranz

In Friedrichroda herrschte am vergangenen Sonntag Ausnahmezustand. Nicht etwa, weil die Nazis dort mal wieder aufmarschierten oder die deutschen Verbrechen kollektiv verharmlost werden sollten – daran hatte man sich am Volkstrauertag gewöhnt –, sondern weil eine antifaschistische Demonstration die besinnliche Ruhe im Fackelschein störte.

Vor beschaulicher Kulisse demonstrierten rund 100 Antifaschist_innen lautstark durch den Thüringer Wald. Nur einige Häuser und Straßen legten die Vermutung nahe, hier könnten auch Menschen wohnen. Ganz

wenige Exemplare der Eingeborenen zeigten sich am Wegesrand und verstärkten mit verschränkten Armen, zusammengekniffenen Gesichtern und kopfschüttelnd, was man eh schon wusste: Hier ist die Antifa nicht willkommen. Denn seit Jahren wissen der Bürgermeister und die Lokalpolitik von Friedrichroda sehr genau, wie man erfolgreich mit Traditionsaufmärschen der Nazis umgeht. Man ignoriert sie. Der Erfolg, den sich genannte herbeireden, besteht dann darin, dass es über die Jahre fast jedes Jahr mehr wurden. Die Friedrichrodaer_innen aber, wo sie nicht selbst teilnahmen,

versteckten sich in ihren Häusern und nur das gelegentliche Zucken des Vorhanges ließ den Schluss zu, dass es sich bei der Ignoranz nicht doch auch um eine kollektive Wahrnehmungsstörung handelt. Ob in Friedrichroda nun aus Angst, Sympathie, Desinteresse oder Dünkel so gehandelt wird, wissen wir nicht. Es wird sicher alles so seine Rolle spielen. Die bescheidene Öffentlichkeit, namentlich die Lokalpostille aus Gotha, trägt jedenfalls ihren Anteil daran. Die Berichterstattung im Vorfeld und im Nachhinein tendierte gegen Null.

Ein paar Aufrechte fanden sich dann aber doch, die sich millimeterweise vom Friedrichrodaer Ignorantenstadl absetzten, nämlich die Christen der Nachbargemeinde. Da der Pfaffe aus Friedrichroda Parteigänger der Ignoranzstrategie ist, mühte sich eben der Nachbarpfarrer nach Friedrichroda und betrieb im Feuereifer Symbolpolitik, indem er den Nazis ihren Platz weg anmeldete und dort eine Singstunde veranstaltete. Die Nazis störte das wenig, der nächste Parkplatz war direkt gegenüber. Aber auch bei den Freund_innen des Bibelkreises um genannten Pfarrer wurde man den Eindruck nicht los, dass es sich bei der Singstunde eher um eine Gegenveranstaltung zur Antifa-Demo handelte. Von einer Dialogbereitschaft, wie das bei dem ganzen Ökumenedöns immer so heißt, war jedenfalls nichts zu spüren, die Reihen des Singkreises

blieben fest geschlossen. Die Devise war: nichts Hören, nichts Sehen, nur Singen. Gott allein wusste warum. Vermutlich hatte man die Atheisten, Agnostiker und Häretiker der Antifa-Demo eh aufgegeben.

So endete die Antifa-Demo nach drei Kundgebungen, fünf Redebeiträgen und viel Lärm, wo sie begonnen hatte und die Bürger der Kleinstadt atmeten auf, dankbar darüber, dass die Polizei verhindert hat, dass die Antifas ihnen den Vorgarten zertreten und sie nun endlich wieder ungestört ihren Helden gedenken oder die Glotze einschalten konnten.



Auch 2012: Antifa-Demo durch das Kleinstädtidyll

2013

AUSGEHEND VOM PROTEST und der Erfahrungen der vorhergegangenen Jahre fand sich auch 2013 ein Bündnis aus Antifa-Gruppen zusammen, um an die Kritik am Volkstrauertag und der deutschen Gedenkpoltik anzuknüpfen. Um dieses Anliegen gegenüber dem parallel geplanten Protest gegen den Fackelmarsch der Nazis verstärkt in den Vordergrund zu rücken, wurden im Rahmen einer Veranstaltungsreihe mehrere Vorträge organisiert, die sich inhaltlich mit der deutschen Gedenkpoltik und dem Volkstrauertag als Ausdruck derer beschäftigten.

Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe fand in Friedrichroda auch eine Verleihung des Preises »Goldener Scheißhaufen – Preis für 10 Jahre Ignoranz und Akzeptanz von Naziaufmärschen, NS-Verharmlosung und Menschenhass« statt, mit der gegen den Umgang der Stadt Friedrichroda mit dem seit 10 Jahren zum Volkstrauertag stattfindenden Naziaufmarsch protestiert werden sollte. Diese Verleihung fand öffentlichkeitswirksam in der Innenstadt von Friedrichroda statt, begleitet durch das Verlesen einer Laudatio zur Preisverleihung.

Laudatio zur Preisverleihung des Goldenen Scheißhaufens an die Eingeborenen von Friedrichroda

Liebe Eingeborene,

heute ist Ihr großer Tag gekommen. Wahrscheinlich haben die Wenigsten von Ihnen schonmal etwas gewonnen, was sie wirklich verdient haben. Mit dem heutigen Tag, das darf ich Ihnen versprechen, kommt die Wende! Keine Angst, es ist keine Wende wie 1989, die die Wendeverlierer hervorgebracht hat, zu denen

viele von Ihnen sich wohl heute zählen müssen. Keine Wende, die die Unsicherheit der gesellschaftlichen Ordnungsverhältnisse hervorbringt, wie die Arbeitslosigkeit, die die Marktwirtschaft gebracht hat und übrigens nicht die Ausländer. Was wir Ihnen heute bringen, ist eine Würdigung, die Ihnen keiner nehmen kann, wie das Geld für den Mallorca-Urlaub und die Ihnen keiner wegessen kann, wie die Bananen um die vor

25 Jahren noch geweint wurde. Wir bringen Ihnen heute den Goldenenen Scheißhaufen, die Auszeichnung für 10 Jahre Ignoranz und Akzeptanz von Naziaufmärschen, NS-Verharmlosung und Menschenhass.

Diese Auszeichnung haben Sie sich redlich verdient, liebe Eingeborene. Sie haben 10 Jahre lang geschwiegen, zugeschaut, mitgemacht als die Neonazis um NPD und Kameradschaften zum Volkstrauertag mit Fackeln durch diese Stadt zogen und die Mörder von Millionen Menschen verherrlichten. Die Stadtoberen haben es Ihnen ja schließlich vorgemacht und im Land der Mitläufer tut man, was einem gesagt wird, seine Pflicht – auch wenn sie einem nicht offen gesagt wird. Der Volkstrauertag, wie er überall begangen wird, gehört zum Deutschtum der Nazis wie die Ausländerfeindlichkeit und der Antisemitismus. An diesem Tag kommt zusammen, was zusammen gehört und was zusammen bekämpft werden muss: Deutschland und seine Nazis.

In diesen Tagen treten die Deutschen immer wieder aufs Neue den Beweis für die historisch erwiesene Tatsache an, dass in Deutschland nichts harmlos ist – nicht mal die Mahnung gegen den Krieg und schon gar nicht das Gedenken an die Kriegstoten. Im gemeinsamen Gedenken an die Kriegstoten aller Weltkriege, an Opfer vermeintlicher und wirklicher Diktaturen sollen die Unterschiede zwischen den Opfergruppen eingeebnet werden. Die von der deutschen Barbarei Ermordeten und die Widerstandskämpfer gegen diese werden mit den Mördern in das selbe Gedenken einbegriffen und am Ende dient dieser ganze Quatsch vor allem einem Zweck: Der Rehabilitierung der deutschen Vernichtungstruppen durch die Darstellung des Zweiten Weltkriegs als einem Krieg neben anderen und durch die Verharmlosung des Holocaust; als ob die grundlose Vernichtung des europäischen Judentums nur ein Gewaltexzess unter vielen war, der im Krieg eben vorkommt – wie Hungersnöte und Seuchen. Am Ende sind die deutschen Mörder und ihre Nachkommen wieder das, was sie schon immer sein wollten: Opfer. Opfer des Krieges, Opfer des Führers und seiner Clique.

Wolfgang Pohrt, der Biograph des deutschen Massenbewusstseins, brachte es auf den Satz, dass ein Deutscher eben keine schlechte Laune oder eigene Schlechtigkeit kenne, sondern nur eine schlechte Welt.

Alle haben sich gegen die Deutschen verschworen: die Bolschewisten, die Juden, die Amerikaner und die Asylbewerber sowieso. Ein Volk von ehrlich arbeitenden Opfern – so sehen sich die Deutschen am liebsten. Die Deutschen langen nur zu, wenn sie bedroht werden und bedroht werden sie bekanntlich immer. Davon will man auch im beschaulichen Friedrichroda nicht abweichen. Hier steht die alte Volksgemeinschaft zusammen gegen Aufklärung und Emanzipation. Deswegen stört sich keiner daran, dass hier Neonazis jedes Jahr aufmarschieren und der deutschen Mordgemeinschaft von damals gedenken. Weil sich hier nichts geändert hat, die Deutschen immer noch vor allem in Krisenzeiten eines sind: eine Mordkollektiv im Wartestand.

Herzlichen Glückwunsch zum Preis, wir danken für gar nichts!



Verleihung des Goldenen Scheißhaufens für zehn Jahre Ignoranz und Akzeptanz von Naziaufmärschen, NS-Verharmlosung und Menschenhass im Rahmen einer unangemeldeten Antifa-Kundgebung in der Friedrichrodaer Innenstadt

NACHDEM MAN SICH im Stadtrat und in der Lokalpresse jahrelang zum Heldengedenken der Nazis und auch zu den Gegenprotesten ausschwig, provozierte die Verleihung des Goldenen Scheißhaufens in der Friedrichrodaer Innenstadt erstmalig eine öffentliche Reaktion.

Die Lokalpresse berichtete über den Vorfall und ebenso über die Empörung des Bürgermeisters von Friedrichroda, Thomas Klöppel (parteilos). Dieser sah das Image seiner Stadt beschmutzt, beteuerte man habe keine Handhabe gegen die Nazis, die vom Versammlungsgesetz geschützt wären und sehe

es sowieso als effektiv an, diese mit Nichtbeachtung zu strafen. Außerdem zog er zur Abwehr der durch das Antifa-Bündnis vorgebrachten Kritik die Extremismuskonzeption heran, mit der man den Naziaufmarsch und den Protest auf eine Stufe stellte. Selbiges Anliegen wurde so auch formuliert in einer Stadtratsmitteilung von Ende Oktober, indem noch einmal deutlich wird, dass das einzige Problem für Bürgermeister

Klöppel und die Stadtoberen in den Protesten der Antifa und die dadurch zu befürchtende Verschmutzung des Stadtimages des Luftkurortes zu sehen ist. Die Antifaschistische Aktion Gotha hat sich in ihrem Redebeitrag auf der Antifademo gegen den Volkstrauertag 2013 damit auseinandergesetzt und diese Scheinargumente ausgeräumt:

Redebeitrag der Antifaschistischen Aktion Gotha zum Umgang der Stadt Friedrichroda mit Naziaufmärschen, NS-Verharmlosung und dem Volkstrauertag

Liebe Mitdemonstrierende, liebe Friedrichrodaerinnen und Friedrichrodaer, wir wollen die Gelegenheit nutzen und auf die Kritik von Herrn Klöppel und der Stadt Friedrichroda eingehen. In einer Stadtratsmitteilung vom 29.10. wird recht deutlich was für Bürgermeister Klöppel und die Stadtoberen das wirkliche Problem rund um den Volkstrauertag ist.

Zitat: »Sie sind in Friedrichroda nicht erwünscht! Wir brauchen keinen Aufmarschtourismus, weder von rechten noch von linken Gruppen in Friedrichroda. Sie schaden dem Image unseres Urlaubsortes erheblich. Darauf können wir gerne verzichten!«

Extremismus-Doktrin, gepaart mit dem obersten Ziel der Imagepflege. Anstatt sich mit unserer Kritik und den Argumenten zu befassen, belassen es Herr Klöppel und der Stadtrat dabei, Neonazis und solche Menschen die Widerstand gegen eben diese leisten, gleichzusetzen und sich damit vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung zu drücken. Da man mit Nazis nicht redet, und Antifaschist_innen laut Extremismus-Doktrin ja genauso böse sind, sollte mit denen auch nicht geredet werden. Schließlich verortet sich ein Herr Klöppel in der vermeintlich »guten politischen Mitte«. Von dieser Mitte zweigen links und rechts die Ränder bogenförmig ab, und so reduziert man etwas so komplexes wie die Gesellschaft, auf so etwas Einfaches wie ein Hufeisen. Was auf den ersten Blick durch die Einfachheit besticht, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als unzutreffend und gefährlich. Die Grenzen zwischen »Normal« und »Extrem« sind willkürlich und schwammig. Und so landen dann beispielsweise sowohl der Nationalsozialistische Untergrund zusammen mit einer antirassistischen Kampagne wie »Rassismus tötet!«, in einem Topf. Beide extremistisch, also außerhalb der guten Mitte, also gleich schlecht. Und das obwohl es nichts Gemeinsames gibt, weder in den Zielen, noch den Methoden.

Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, Einstellungen also die das Hufeisenmodell in der Theorie, dem extrem rechten Rand zuspricht, sind in

der gesellschaftlichen Realität aber bis weit in die Mitte hinein verbreitet. Antisemitische Einstellungen finden sich bedauerlicherweise auch in Teilen der politischen Linken. Aber obwohl die pseudowissenschaftliche Theorie des Extremismus an der Realität zerbricht, weil sie die Wirklichkeit eben nicht fassen kann, wird sie von gewissen bürgerlich konservativen Kreisen gebetsmühlenartig vorgetragen. Zum einen soll erreicht werden dass Sie, liebe Friedrichrodaer Bürgerinnen und Bürger bloß nicht auf die Antifa-Demo gehen und zuhause bleiben. Denn wer nicht mit Nazis in einen Topf geworfen werden will, der darf auch nicht gegen sie protestieren. Klingt komisch, ist aber so – zumindest in der Welt der Extremismus-Theoretiker. Der zweite erhoffte Effekt der Extremismus-Doktrin ist eben der, dass sich die »gute Mitte« einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit Themen wie Rassismus, Antisemitismus und Sozialdarwinismus nicht stellen muss. Die Logik dahinter: Die ganzen Schlechtigkeiten werden den extremen Rändern zugeschrieben, da man sich selbst aber zur guten Mitte zählt, kann man kein Rassist oder Antisemit sein. Oder eben um zum aktuellen Anlass zu kommen, ein Herr Klöppel muss nicht erklären, wo denn eigentlich die Unterschiede zwischen dem offiziellen Volkstrauertags-Gedenken und dem Heldengedenken der NPD liegen. Die NPD verzichtet zwar auf die »Trauer« um die Opfer des Nationalsozialismus und beschränkt sich auf die Täter. Das offizielle Gedenken hingegen gilt allen. Also sowohl den Menschen, die durch die deutsche Barbarei ihr Leben verloren haben, als auch denen die es erdacht, organisiert und durchgeführt haben. Auch für die von Sebastian Reiche in die Reihen zurückgerufenen Waffens-Schlächter ist Platz im offiziellen Gedenken. Doch dank der Extremismus-Doktrin haben es Menschen wie Herr Klöppel, also die »gute politische Mitte«, eben nicht nötig sich mit ihrer eigenen Nähe zu extrem rechten Positionen zu befassen.

Soviel zum Hufeisen, jetzt zur Imagepflege der Stadt. Um es kurz und knapp zu halten. Angenommen Fried-

richroda hätte kein Problem, weil es den größten regelmäßigen Naziaufmarsch Thüringens beherbergt. Sondern das Problem wären beispielsweise viele und sehr tiefe Schlaglöcher, wären dann die Menschen Schuld am Imageproblem der Stadt, die sich über die Schlaglöcher beschwerten, oder vielleicht doch eher die Schlaglöcher? Der größte Teil der Neonazis kommt wohl nicht aus Friedrichroda, ebenso wie die meisten Gegendemonstrant_innen bedauerlicherweise nicht von hier sind. Da wäre es auch mehr als falsch das Stadtimage den Neonazis oder uns zuzuschreiben. Wenn der Eindruck entstanden ist, dass Friedrichroda kein Problem mit Neonazi-Fackelmärschen hat, sich tolerant zeigt gegenüber solchen Leuten, die offen den Nationalsozialismus verherrlichen, dann liegt das nicht an uns. Die Verantwortung für das »schlechte Image« können alle Friedrichrodaerinnen und Friedrichrodaer, die heute zuhause vor der Glotze sitzen, mal schön selber tragen. Zum schlechten Image trägt auch keine provokante Aktion von ein paar engagierten Antifaschist_innen bei, sondern eher kollektives Ignorieren, Tolerieren und Akzeptieren dieser schauerlichen Volkstrauertags-Zeremonie.

Die von Herrn Klöppel bevorzugte Strategie im Umgang mit Neonazis, die »Abstrafung durch Nichtbeachtung« hat unserer Meinung nach noch nie funktioniert. Die in den 90er Jahren praktizierte »Akzeptierende Jugendarbeit« hat damals ihren Teil dazu beigetragen, dass sich eine gut organisierte rechte Szene bilden konnte. Das Tolerieren von antisemitischen, rassistischen oder sexistischen Weltbildern hat eben nicht zum Abbau solcher Einstellungen geführt. Und was damals falsch war, ist es heute auch noch. Den Nazis geht es bei ihrem »Heldengedenken« in erster Linie auch nicht um Außenwirkung. Im Gegensatz zu NPD-Demos vor Flüchtlingsunterkünften oder den diversen Open-Air-Rechtsrock-Veranstaltungen ist die rechte Szene in Friedrichroda nicht darauf aus neue Sympathisanten zu ködern, oder sich in der Öffentlichkeit als Stimme des kleinen Mannes anzubiedern. Wenn die Veranstaltung in Friedrichroda unbeachtet bleibt, passt das den Nazis ganz gut. Denn hier tritt ihre Verbundenheit mit dem historischen Nationalsozialismus offen zu Tage. Der positive Bezug auf die Soldaten der Waffen-SS, das Schwadronieren über den Kampf von damals, der heute fortgesetzt werden müsse, der Fackelmarsch ganz im Stile der alten SA-Märsche. Hier kann nun keiner mehr von seriöser Radikalität oder »gesundem Patriotismus« reden, die Leute die Jahr für Jahr nach Friedrichroda pilgern sehen sich selbst als die Erben der NSDAP. Und die Veranstaltung hier in Friedrichroda

dient den Nazis dazu, eben diese positive Bezugnahme in den eigenen Reihen zu festigen – und das mit allen Konsequenzen. Solche Veranstaltungen festigen das Weltbild der Neonazis, und so wie einst die Großväter mit der Waffe in der Hand für Volk und Vaterland ihr größtmögliches Opfer gaben – ihr Leben. So gibt es auch heute wieder Menschen, die in ihrem Hass auf alles Fremde über Leichen gehen, mit der Bereitschaft auch ihr eigenes Leben für »die Sache« zu geben. Und wenn der Soldat, der damals während des Überfalls auf Osteuropa gefallen ist, ein Held war – also um es mal auf den Punkt zu bringen, ein Soldat der die Unterjochung Europas vorangetrieben hat, ein Soldat der seinen Teil dazu beigetragen hat, dass europäische Judentum beinahe komplett auszurotten. Wenn so ein Mensch heute noch als »Held« verehrt wird, kann das, was er damals so angestellt hat, ja nicht so falsch gewesen sein.



Antifa-Demo durch Friedrichrodaer Innenstadt

Wir stellen uns deshalb auch gegen das »offizielle Volkstrauertagsgedenken«, ein Gedenken das die Grenzen zwischen Opfern und Tätern wegwischt, und dadurch versucht zu suggerieren, dass ja alle irgendwie Opfer waren. Die einen eben Opfer der Nazis, und die Nazis Opfer der Verführungskünste eines Hitler und seiner Clique. Ein Gedenken, das gleichzeitig die Opfer der Konzentrationslager und die Toten der Wachbataillone

eben dieser KZs einschließt, ist unserer Meinung nach abzulehnen. Es käme ja auch kein Mensch auf die Idee bei einer Trauerfeier für die Opfer des Nationalsozialistischen Untergrunds Mundlos und Böhnhardt mit einzubeziehen.

Abschließend will ich kurz auf die Aussage des Bürgermeisters Klöppel in der TA vom 08.11. eingehen. Nachdem er sich »maßlos« über den Goldenen Scheißhaufen geärgert hat, erwähnt er, dass die Stadt ja sowieso machtlos gegen die Nazis sei, wegen der Versammlungsfreiheit. Auch uns liegt es fern hier nach dem Polizeistaat zu rufen, das Versammlungsgesetz zu verschärfen, oder ähnlichem. Aber wie sie sehen, gibt es ja durchaus andere Möglichkeiten sich mit Neonazis auseinanderzusetzen. Dieser Vorwurf richtet sich nun nicht an den Bürgermeister, sondern an Sie alle als Bewohner dieser Stadt. Auch wenn eine Nazidemo nicht verhindert werden kann, ist es mehr als angebracht, sie nicht widerspruchslos und unkommentiert stattfinden

zu lassen. Wenn ihr die Positionen der Neonazis nicht teilt, dann macht das auch deutlich!

Und uns einen Aufmarsch-Tourismus vorzuwerfen, ist auch mehr als lächerlich. Es ist bei weitem nicht so, dass wir schon im Sommer die Tage im Kalender abstreichen, und voller Vorfreude unserem großen Ausflug nach Friedrichroda entgegenfiebern. Aber wir werden nicht wegbleiben solange NS-Verharmlosung und Menschenhass offen auf die Straße getragen werden. Das machen wir auch keinesfalls, um euch Friedrichrodaerinnen und Friedrichrodaer zu ärgern, oder weil wir euer Image als Luftkurort nachhaltig schädigen wollen. Und wir würden es begrüßen, wenn wir das in Zukunft vielleicht auch nicht mehr ohne euch tun müssten. Und um Protest gegen Neonazis zu organisieren, müsst ihr nicht warten bis der Bürgermeister oder der Stadtrat euch dazu einlädt, dazu braucht es nur euch.



WÄHREND DAS ANTIFA-BÜNDNIS mit der Verleihung des Goldenen Scheißhaufens und auf der stattgefundenen Demonstration immer wieder die Rolle der Stadt kritisiert, kursierte kurz vor dem Heldengedenken der Nazis 2013 ein Flugblatt, in dem sich im Namen

der NPD für die Unterstützung durch die Stadt und ihrer Einwohner_innen bedankt wird und so die Rolle der Stadt Friedrichroda als Zuträger der Nazis überspitzt auf den Punkt gebracht wird, welches wir dokumentieren wollen:

NPD SAGT DANKE!

Liebe Kameradinnen und Kameraden,
verehrtes Stimmvieh der NPD in Friedrichroda,

an dieser Stelle wollen wir uns für 10 Jahre Gastfreundschaft, heimliche und offene Zustimmung bedanken. Seit nun mehr einem Jahrzehnt kommt die nationale Opposition am Heldengedenktag, welcher von den alliierten Schädlingen „Volkstrauertag“ genannt wird, in Friedrichroda zusammen, um in alter Tradition der gefallenen Helden der deutschen Volksgemeinschaft zu gedenken. Hier in Friedrichroda ist es gelungen, ein Gedenken zu etablieren bei dem nicht mehr um Ausländer, Juden, Kommunisten und anderen Parasiten getrauert wird, sondern um die unzähligen Opfer des deutschen Volkes, die im Kampf gegen den Liberalismus im Westen, den Bolschewismus im Osten und den allgegenwärtigen Juden gefallen sind. Wir treten der Kriminalisierung unseres KZ-Personals, der Verfolgung der Helden der Waffen-SS entgegen, welche ihre Pflicht taten, ihren Beitrag zur Ausrottung des Judentums leisteten. In unserem beschaulichem Städtchen gedenken wir jenen Helden.

Wir bedanken uns daher für die freundliche Kooperation mit der Stadt Friedrichroda, die es der „political correctness“ wegen nicht offen sagen kann, aber unsere Ziele teilt und uns mit stillem Einverständnis unterstützt wie viele von Ihnen, verehrtes Stimmvieh. Schließen Sie sich auch in diesem Jahr in ihre Häuser ein, wenn der Antifa-Mob durch unsere Stadt marschiert, verschließen Sie die Gartentür, ballen Sie die Fäuste, wackeln Sie an den Vorhängen, schneiden Sie Grimassen. Unterstützen sie unseren Kampf gegen Aufklärung, Kosmopolitismus und Freiheit durch stillschweigendes Einverständnis mit der nationalen Front zur Verherrlichung von Vernichtung und Krieg in Friedrichroda. Unsere Stunde wird kommen, da werden die Juden, Kommunisten und Alliierten wieder zittern vor dem deutschen Landser. In der Zwischenzeit liebe Friedrichrodaer bewahren Sie Ruhe, machen Sie die Glotze an, kaufen Sie ein, wählen Sie NPD oder AfD, bleiben Sie so borniert, wie wir es von Ihnen gewohnt sind. Wir sehen uns am 17. November zur Ehrung der deutschen Vernichtungstruppen, unserer Väter, Großväter und Urgroßväter. Ihr historischer Beitrag ist unser Auftrag für die Zukunft. Wir vollenden Ihr Werk, auch in diesem Jahr mit Ihrer Hilfe.

Herzlichst,
Ihr Sebastian Reiche,
Kreisvorsitzender NPD Gotha,
Nationale Front zur Verherrlichung von Vernichtung und Krieg



DI E STADTOBRIGKEIT schien die öffentlichkeitswirksam vorgetragene Kritik des Antifa-Bündnisses als Kränkung bzw. Niederlage erfahren zu haben und wollte diese nicht so auf sich sitzen lassen. Im Nachgang des Volkstrauertages 2013 rang man deswegen mit Hilfe eines der wichtigsten NSU-Helfer, dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, um Rechtfertigung für das geschichtsvergessene Vorgehen der Stadt. Deswegen lud man sich am 6. Februar 2014 zum öffentlichen Teil der Stadtratssitzung im Hotel »Deutscher Hof« einen »Thomas Schulz« von eben jener Behörde ein. »Schulz« sollte, wie es die Aufgabe seines Landesamtes ist, über die Bedrohung der Demokratie durch sogenannten »Rechts-« und »Linksextremismus« informieren und letztlich die von der Stadt betriebene Gleichsetzung rechtfertigen. Mit anderen Worten: Er sollte den Beweis

antreten, dass die Antifa lediglich ein Haufen gewaltbereiter Systemfeinde sei, die man nicht ernst nehmen, sondern die man verfolgen muss.

Die Veranstaltung wurde von 10 Antifaschist_innen gestört. Diese hielten, bevor Schulz das erste Wort sagen konnte, ein Transparent mit der Aufschrift »VerfassuNgsSchUtz – Sie haben mitgemordet – Mörderische Verhältnisse abschaffen!« hoch, verteilten Flyer und verlasen dessen Inhalt. Die etwa 25 anwesenden Gäste und Stadtratsmitglieder hörten sich den Redebeitrag des Antifa-Bündnis Gotha an. Anschließend verließen die Antifaschist_innen den Raum und verteilten mehrere hundert Flyer in den Briefkästen der Einwohner_innen der Kleinstadt. Dazu dokumentieren wir den Text des Flugblattes:

Elf Jahre Heldengedenken in Friedrichroda

Die zentrale Volkstrauertagsveranstaltung der neonazistischen Szene Thüringens war für ein Jahrzehnt das »Heldengedenken« samt Fackelmarsch in Friedrichroda. In den ersten Jahren konnten die Neonazis aus Kameradschaftsszene und NPD-Umfeld vollkommen ungestört den Mördern des Dritten Reiches huldigen. Angemeldet wurde die Veranstaltung in den ersten 10 Jahren von der NPD: von 2002 bis 2008 von Michael Burkert, von 2009 bis 2012 vom Kreisvorsitzenden der NPD Gotha Sebastian Reiche. Anlässlich des Volkstrauertags neigt die NPD dazu ihre Traditionslinien zur NSDAP recht unverblümt offenzulegen. Wenn im Fackelschein die Soldaten der Waffen-SS in die Reihen zurückgerufen werden, geht es nicht mehr um eine Verharmlosung der nationalsozialistischen Geschichte, wie etwa in den Gedenkveranstaltungen der deutschen Mainstream-Gedenkpolitik, sondern um ihre Glorifizierung – aus Tätern werden Helden gemacht.

Idyll im Thüringer Wald

Dass Friedrichroda nicht nur die richtige Wahl für naturverbundene Touristen und Kur-Urlauber ist, sondern auch für Neonazis aller Couleur stellte sich recht schnell heraus. Während andernorts die Bündnisse gegen Rechts überall aus dem Boden sprießen, wo Neonazis in den öffentlichen Raum vordringen, passierte in Friedrichroda nichts. Die Gründe dafür können wir nur vermuten. Ob nun heimliche Sympathie, Angst, Ignoranz oder Dünkel – der rechten Szene hat es jedenfalls in die Hände gespielt. Die Proteste aus Antifa-Kreisen von

2009 und 2012 konnte dem Treiben der Neofaschisten nichts entgegensetzen, sowohl die Stadtoberen, die Lokalpresse als auch die Bevölkerung übten sich weiter in Schweigen, Wegschauen und Ignorieren.

Tradition? – Nein Danke!

Die Antifa-Kampagne im Jahr 2013 schaffte es erstmals eine größere Öffentlichkeit zu erreichen. Nachdem das Thema in der Presse angesprochen wurde und die Menschen in Friedrichroda diskutierten, sahen sich auch Bürgermeister und Stadtrat genötigt mit dem traditionellen Schweigen zu brechen. Bedauerlicherweise nicht um auf die Kritik des Antifa-Bündnisses in angemessener Weise zu reagieren. Sowohl nationalsozialistische »Heldenverehrung«, als auch der Protest dagegen wurden als imageschädigend eingestuft und sind dementsprechend, wohl eher aus Sorge um die Übernachtungszahlen des Berghotels, generell zu verteufeln. Im Jahr 2013 zog es lediglich zwei Dutzend Neonazis aus der Kameradschaftsszene nach Friedrichroda, die NPD zog es diesmal auf die andere Seite des Rennsteigs nach Eisfeld. Was die Gründe dafür sind, wissen wir nicht. Ob der NPD das plötzliche öffentliche Interesse nicht behagte und sie um gewonnene Sympathien fürchtete, oder ob Sebastian Reiche als ehemaliger Hauptakteur des »Thüringer Heimatschutz« – aus dem der NSU hervorging – lieber die Füße still hält? Diese Fragen kann womöglich der Verfassungsschutz beantworten, er wird es aber aus Gründen des »Quellenschutzes« nicht

tun. Ob die Tradition der Nazis gebrochen wurde, wird sich spätestens am 16. November 2014 zeigen. Viel wichtiger ist jedoch, ob die unrühmliche Tradition des Ignorierens in Friedrichroda selbst ein Ende hat. Und ob die Menschen, denen es nicht egal ist, wenn Neonazis offen die Mörder von damals verehren, endlich den Mund aufmachen.



Protestaktion gegen den Auftritt des VS-Mannes »Thomas Schulz« am 6. Februar 2014 in Friedrichroda

Nazis morden, der Staat lädt nach...

Für das heutige Treffen des Stadtrates in Friedrichroda haben sich deren Mitglieder den Thüringer Verfassungsschutz (VS) eingeladen. Dieser soll als eine Art Sachverständiger über die »Extremistische[n] Gruppen in Thüringen« Bericht erstatten. Als Antifaschistisches Bündnis Gotha empfinden wir ein solches Treffen, das dem VS als unbestreitbaren Mittäter der NSU-Mordserie ein Podium bietet, als Verhöhnung der Opfer und als Beispiel eines in der Extremismus-Doktrin verfangenen Politikverständnisses der Stadt Friedrichroda.

Was auch immer der Verfassungsschutz schützt: die Menschen, die Schutz vor dieser Gesellschaft und ihren Auswüchsen bedürfen, sind es nicht. Historisch ist der Verfassungsschutz 1950 im Westen als staatliche Organisation gegründet worden, die zwar zunächst unter der Aufsicht der Alliierten stand und nur verdeckt ehemalige Gestapo-Funktionäre aufnahm, sich später aber ganz offen zu einer Nachfolgeorganisation des NS-Geheimdienstes entwickelte, mit enormen personellen Kontinuitäten. Primäres Ziel des Verfassungsschutzes war schon seit Anbeginn die Verfolgung und Überwachung von Kommunist_innen und anderen linken Subversivbewegungen. Das Nachleben des Nationalsozialismus im Geheimdienst machte sich nicht nur personell geltend, seine Aktivitäten ließen nie daran zweifeln, dass die Überwachung des Rechts-

extremismus nur ein Alibi für dessen Unterstützung ist. Millionen flossen vom VS über die V-Männer in Naziorganisationen. Geschadet hat denen der VS damit sicher nicht, ebenso wenig wie dabei brauchbare Informationen gesammelt bzw. verwertet worden wären, die die NSU-Mordserie hätten verhindern können. Sein eigentliches Ziel hatte der VS mit den Nazis gemeinsam. So wurde im Zuge der NSU-Aufklärungen beispielsweise bekannt, dass der VS in Thüringen dem V-Mann Kai-Uwe Trinkaus eine Liste mit Namen und Adressen von Antifaschist_innen für deren Verfolgung durch die Nazis auslieferte. Außerdem wusste der VS frühzeitig von einem geplanten und später begangenen Brandanschlag auf das besetzte Haus in Erfurt. Er tat nichts und nahm den möglichen Tod der im Haus befindlichen Menschen in Kauf. Um es kurz zu machen: Wer heute noch bestreitet, dass der VS mit seinem Tun Naziorganisationen bis hin zur NSU-Mörderbande unterstützt hat, dem ist jedes Sensorium, das auf Vernunft schließen lassen könnte, abhanden gekommen. Deswegen sparen wir uns an dieser Stelle eine endlose Liste mit Beweisen, sie ist spätestens mit den andauernden Aufklärungen über den NSU erbracht worden. Der Verfassungsschutz ist Teil menschenfeindlicher gesellschaftlicher Verhältnisse. Wir leben in einer Gesellschaft, in der die Bedingungen für die faschistische Barbarei fort dauern; einer Gesellschaft, die Fremde ausgrenzt und verfolgt, weil sich ihre Verfolger vor der Einsicht in die eigene Überflüssigkeit schützen wollen. Einer Überflüssigkeit, die daraus resultiert, dass die kapitalistische Produktionsweise sich nicht um die Bedürfnisse von Menschen kümmert, sondern um die Vermehrung von Tauschwerten, die Maximierung von Profiten, bei der die Menschen notwendig auf der Strecke bleiben. Solche Verhältnisse, die jeder Einzelne täglich reproduziert, während sie ihn erniedrigen und zerstören, gilt es aufzuheben und so eine Entwicklung voranzutreiben, die Mörder und Verfolger, wie Nazis und den Verfassungsschutz unmöglich macht. Solange diese Verhältnisse nicht abgeschafft werden, ist der Verfassungsschutz Teil eines Täterkollektivs, mit dem es nichts zu diskutieren gibt. Man kann also über den Verfassungsschutz diskutieren, über seine Rolle als Akteur in einem mörderischen gesellschaftlichen Verhältnis, man kann über seine Zerschlagung diskutieren. Mit diesen Leuten aber gibt es nichts zu diskutieren.

Wir wollen keine Ausflüchte, Entschuldigungen oder Rechtfertigungen hören, weil es nichts zu rechtfertigen gäbe, als den Gedanken an Rache für 10 ermordete Menschen. Es gilt also keine Rechtfertigungen von den Verfolgern einzuholen, sondern zu verhindern, dass sie

es wieder tun. Die Mittäter zum Gespräch einzuladen ist der unschlagbare Beweis für das Fortleben der Bedingungen, die den Naziterror erst ermöglicht haben. 1940 schrieb Walter Benjamin, der sich kurz darauf, verfolgt von den Deutschen in den Tod flüchtete: »auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört.« Eine Diskussion mit dem Verfassungsschutz statt

über ihn, statt über seine Zerschlagung, statt über mörderische Verhältnisse in denen wir leben, bedeutet daher nicht nur die Stärkung der gesellschaftlichen Akzeptanz für die Mörderbande, sondern sie bedeutet, dass man die Toten ihren Mördern überlässt. Deshalb gibt es für Antifaschist_innen hier nichts zu diskutieren, sondern nur zu verhindern. *Faschistische Mörderbanden unmöglich machen! Mörderische Verhältnisse abschaffen!*



Das Antifa-Transpa in Aktion am 28. Februar 2013 in Meiningen

ÜBER DEN SOMMER wurde es zunächst ruhig in und um Friedrichroda. Allerdings nicht lange, denn auch im Jahr 2014 rief das Antifa-Bündnis Gotha zu Protesten in Form einer antifaschistischen Aktionswoche gegen den Volkstrauertag vom 10. bis 16. November auf. Wie bereits im Vorjahr lag hier ein Schwerpunkt der Antifa-Kampagne auf der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Vergangeheitsbewältigung in den Nachfolgestaaten

des Nationalsozialismus. Im Rahmen der Aktionswoche wurde in Friedrichroda ein Flugblatt an die Haushalte verteilt, das die Gründung einer Bürgerinitiative für zeitgenössisches Desinteresse an deutschen Zuständen verkündete und in satirischer Form die Haltung der Bevölkerung Friedrichrodas zum Naziaufmarsch und zu gesellschaftspolitischen Themen überhaupt persiflierte:

Bürger für Bürger

Bürgerinitiative für zeitgenössisches Desinteresse an deutschen Zuständen (BfzDadZ)

Liebe Hiergebliebene,

seit mehr als einem Jahrzehnt gucken wir Friedrichrodarianerinnen und Friedrichrodarianer uns die Fackelmärsche der Neonazis zum Volkstrauertag vom Wohnzimmer aus an. Während die einen versuchen nicht an der Gardine zu wackeln, drehen die anderen

den Fernseher lauter. Wir sollten es offen aussprechen: Die Themen, die uns bewegen, lauten: Welcher Hund hat in meinen Vorgarten geschossen? Was sucht die Polizei schon wieder in meiner Straße? Warum hat RTL meine Lieblingsserie abgesetzt? Was uns nicht interessiert, ist der Zustand der Welt. Das sind die Leiden und Qualen der Menschen, die nicht zur eigenen

Sippschaft gehören. Was kümmert es uns, wenn die Neger an Ebola verrecken oder im Mittelmeer ersaufen? Was kümmern uns die Kurden, die von Islamisten und mit westlichem Kriegsgerät massakriert werden? Und noch weniger interessiert uns die Geschichte unseres Landes und die Aktivitäten der ideologischen Nachkommen des Dritten Reiches. Uns stört und interessiert es nicht, wenn Neonazis durch unsere Stadt marschieren, solange sie sich benehmen. Was uns aber stört, das ist die negative Presse, die uns die Antifa beschert, wenn sie auf diesen Zustand aufmerksam macht. Sie rücken Friedrichroda damit in ein schlechtes Licht. Das haben wir nicht verdient!

Wir wollen unsere Ruhe, dichte Grenzen, saubere Gärten und einen großen Fernseher. Um diesen Lebensstandard sicherzustellen, wollen wir als Bürgerinitiative aus eurer Mitte¹⁰ euch als uninteressierten Bürgerinnen und Bürgern einen unverbindlichen Vorschlag machen. Um zu verhindern, dass Friedrichroda Jahr für Jahr in ein schlechtes Licht fällt und Auswärtige unseren ignoranten Lebenswandel kritisieren, fordern wir den Abriss der Pilgerstätte der Nazis. Reißt das Vaterland-Denkmal weg!

Stattdessen schlagen wir die Errichtung einer Hamburger-

Kette-Filiale vor.

Mit der Errichtung einer amerikanischen Fast-Food-Bude schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe. Wir drücken uns einerseits erfolgreich um die Aufarbeitung der Vergangenheit dieses Landes und die Auseinandersetzung mit unserer eigenen Verstrickung in die fortdauernde Zerstörung der Welt und ihrer Einwohner durch die kapitalistische Verwertungsmaschinerie. Andererseits holen wir ein Stück Esskultur nach Friedrichroda für das wir sonst in stärker zivilisierte Gegenden wie Gotha fahren müssten. Es entstünden Arbeitsplätze, die Antifa bleibt weg und wir haben unsere Ruhe zurück. Was wünscht man sich mehr.

Kleiner Hinweis am Rande: Der in Friedrichroda übliche Umgang zur Bearbeitung öffentlicher Belange, also das Sprücheklopfen auf Arbeit, im Wartezimmer, an der REWE-Kasse und am Esstisch genügen nicht zur Durchsetzung unseres gemeinsamen Desinteresses. Also flutet die Facebook-Kommentarspalten bis den Burgerketten-Investoren die Ohren klingeln! Soziale Kälte und aggressives Desinteresse an anderen – das ist der Markenkern unserer Dorfgemeinschaft!

Friedrichroda den Ignoranten! Störer raus! Gebt uns den König!



BÜRGER FÜR BURGER
Bürgerinitiative für zeitgenössisches Desinteresse an deutschen Zuständen (BfzDadZ)

Liebe Hiergebliebene,

seit mehr als einem Jahrzehnt gucken wir Friedrichrodianerinnen und Friedrichrodianer uns die Fackelmärsche der Neonazis zum Volkstrauertag vom Wohnzimmer aus an. Während die einen versuchen nicht an der Gardine zu wackeln, drehen die anderen den Fernseher lauter. Wir sollten es offen aussprechen: Die Themen, die uns bewegen lauten: Welcher Hund hat in meinen Vorgarten geschissen? Was sucht die Polizei schon wieder in meiner Straße? Warum hat RTL meine Lieblingsserie abgesetzt? Was uns nicht interessiert, ist der Zustand der Welt. Das sind die Leiden und Qualen der Menschen, die nicht zur eigenen Sippschaft gehören. Was kümmert es uns, wenn die Neger an Ebola verrecken oder im Mittelmeer ersaufen? Was kümmern uns die Kurden, die von Islamisten und mit westlichem Kriegsgerät massakriert werden? Und noch weniger interessiert uns die Geschichte unseres Landes und die Aktivitäten der ideologischen Nachkommen des Dritten Reiches. Uns stört und interessiert es nicht, wenn Neonazis durch unsere Stadt marschieren, solange sie sich benehmen. Was uns aber stört, das ist die negative Presse, die uns die Antifa beschert, wenn sie auf diesen Zustand aufmerksam macht. Sie rücken Friedrichroda damit in ein schlechtes Licht. Das haben wir nicht verdient!

Wir wollen unsere Ruhe, dichte Grenzen, saubere Gärten und einen großen Fernseher. Um diesen Lebensstandard sicherzustellen, wollen wir als Bürgerinitiative aus eurer Mitte* euch als uninteressierten Bürgerinnen und Bürgern einen unverbindlichen Vorschlag machen. Um zu verhindern, dass Friedrichroda Jahr für Jahr in ein schlechtes Licht fällt und Auswärtige unseren ignoranten Lebenswandel kritisieren, fordern wir den Abriss der Pilgerstätte der Nazis. Reißt das Vaterland-Denkmal weg!

Stattdessen schlagen wir die Errichtung einer Hamburger-Kette-Filiale vor.

* Keine Angst, wir sind alle hier geboren, deutscher Abstammung und fallen nicht negativ aus dem grauen Eierlei heraus.

Burger-Meister Klöppel:
„Ich werde mit den Stadträten diskutieren, ob wir das Kriegerdenkmal nicht besser abreißen.“




BÜRGER FÜR BURGER
Bürgerinitiative für zeitgenössisches Desinteresse an deutschen Zuständen (BfzDadZ)

Mit der Errichtung einer amerikanischen Fast-Food-Bude schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe. Wir drücken uns einerseits erfolgreich um die Aufarbeitung der Vergangenheit dieses Landes und die Auseinandersetzung mit unserer eigenen Verstrickung in die fortdauernde Zerstörung der Welt und ihrer Einwohner durch die kapitalistische Verwertungsmaschinerie. Andererseits holen wir ein Stück Esskultur nach Friedrichroda für das wir sonst in stärker zivilisierte Gegenden wie Gotha fahren müssten. Es entstünden Arbeitsplätze, die Antifa bleibt weg und wir haben unsere Ruhe zurück. Was wünscht man sich mehr.

Kleiner Hinweis am Rande: Der in Friedrichroda übliche Umgang zur Bearbeitung öffentlicher Belange, also das Sprücheklopfen auf Arbeit, im Wartezimmer, an der REWE-Kasse und am Esstisch genügen nicht zur Durchsetzung unseres gemeinsamen Desinteresses. Also flutet die Facebook-Kommentarspalten bis den Burgerketten-Investoren die Ohren klingeln! Soziale Kälte und aggressives Desinteresse an anderen – das ist der Markenkern unserer Dorfgemeinschaft!

**Friedrichroda den Ignoranten!
Störer raus! Gebt uns den König!**




Wenn Sie die Forderung der BfzDadZ unterstützen wollen, senden Sie diesen Schnipsel an: Thomas Klöppel(Bürgermeister), Gartenstraße 9, 99894 Friedrichroda.

JA – Friedrichroda braucht eine Fast-Food-Filiale

NEIN – Friedrichroda braucht kein Vaterlands-Denkmal

¹⁰ Keine Angst, wir sind alle hier geboren, deutscher Abstammung und fallen nicht negativ aus dem grauen Eierlei heraus.

HÖHEPUNKTE DER AKTIONSWOCHE war eine am Samstag vor dem Volkstrauertag angemeldete Demonstration in Gotha und eine Kundgebung am Volkstrauertag in Friedrichroda.¹¹ Bei der Vorabenddemonstration tanzten einige Dutzend Antifas zu Live-Musik bei hervorragenden Soundverhältnissen durch die Gothaer Innenstadt gegen Nazis, deutsche Opfermythen und das wenige Stunden später einsetzende Tanzverbot, das während des Volkstrauertages gilt.



Antifa-Nachttanzdemo am 15. November 2014 durch Gotha

Am Tag darauf, dem Volkstrauertag, mobilisierte das Antifa-Bündnis wie bereits die Jahre zuvor nach Friedrichroda, um gegen den Naziaufmarsch und die städtische NS-Verharmlosung zu protestieren. An der Kundgebung beteiligten sich neben zahlreichen Antifas auch Vertreter linker Parteien, der Gewerkschaften und sogar der städtische Bürgermeister Thomas Klöppel. Dieser hatte im Vorfeld einen Aufruf zur Teilnahme an der Kundgebung unterschrieben, aber erst nachdem der Verweis auf die Veranstalter_innen entfernt wurde. Er hatte dadurch keinen Zweifel daran gelassen, dass er das Anliegen der Kundgebung, eine Kritik der deutschen Gedenkpolitik zu leisten und im Zuge dessen die Abschaffung des Volkstrauertages zu fordern, nicht unterstützt. Den öffentlichen Auftritt nutzte er vielmehr, um sich von »Extremisten« zu distanzieren, was sich vor allem darin geltend machte, dass er die Einwohner Friedrichrodas dazu aufforderte, sich Karten mit der Aufschrift »Rote Karten gegen Extremisten« in die Fenster zu stellen. Dieser von der Stadt gepflegte Rückgriff auf die Extremismustheorie ermöglicht es, sich formal von den Nazis abzugrenzen, wo eine inhaltliche Abgrenzung nicht möglich ist. Gleichzeitig wird damit antifaschistisches Engagement durch eine Gleichsetzung mit dem der Nazis dämonisiert, und eine Auseinandersetzung mit der von uns vorgebrachten Kritik kann sich, der »Mitte« der Gesellschaft

zugehörig fühlend und moralisch erhaben wärend, entzogen werden. Und nur unter größter Ignoranz der Kritik ist es auch zu erklären, dass er überhaupt zur Teilnahme an der Kundgebung aufgerufen hatte, die von Menschen organisiert wurde, die er selbst als Extremisten begreift. Auf der Kundgebung musste er sich schließlich doch eineinhalb Stunden Kritik an seiner Politik und Ideologie anhören. Rote Karten gegen Extremisten waren am Volkstrauertag in Friedrichroda nicht zu sehen. Dass dies einer kritischen Haltung gegenüber dem Extremismusbegriff und seiner Implikationen geschuldet war, mag allerdings zu bezweifeln sein. Immerhin fanden sich auch einige Einwohner_innen aus Friedrichroda bei der Kundgebung des Antifa-Bündnis Gotha am Sonntag ein. Ob sie nun das tatsächliche Anliegen der Kundgebung unterstützten oder sich, das Image des Luftkurortes retten wollend, entsprechend des Apells des Bürgermeisters gegen Extremismus positionieren wollten, ist nicht klar. Wem es um Letzteres ging, den müssen wir an dieser Stelle enttäuschen, denn es werden sich sicher auch nächstes Jahr vermeintliche Linksextremisten finden, die die Symbiose zwischen Ignoranz und heimlicher Sympathie der Einwohner Friedrichrodas und den Nazis, die ungestört ihr Heldengedenken abhalten wollen, aufdecken und stören werden.



Antifa-Kundgebung am 16. November 2014 in Friedrichroda

Die Nazis indes marschierten auf Grund der Antifakundgebung an ihrem Startpunkt der vorherigen Jahre mit einer leicht veränderten Route wie auch die Jahre zuvor zum Vaterland-Denkmal. Dort wurde ihnen in diesem Jahr aber ein besonderer Empfang bereitet, denn das hässliche Vaterland-Denkmal wurde zwei Nächte zuvor verschönert und erstrahlte pünktlich zum Volkstrauertag in rosa Farbe (wie es auch das Deckblatt dieser Broschüre zierte). Von den Aktivist_innen wurde dazu ein Schreiben veröffentlicht, welches wir abschließend dokumentieren möchten:

¹¹ Einen ausführlicheren Bericht dazu inklusive der Redebeiträge findet ihr auf: <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=673>

FRIEDRICHROSA!

Dem Volkstrauern einen Strich durch die Rechnung gemacht

Heute ist Volkstrauertag und das Land der Täterinnen und Täter beschwört seinen Opfermythos. Der deutsche Erinnerungsdiskurs offenbart mal wieder seine geschichtsrevisionistische Fratze und im thüringischen Friedrichroda treffen sich hunderte Neonazis, um in ihrem alljährlichen Gedenkritual den Nationalsozialismus zu verharmlosen.

Der Bürgermeister Klöppel entblödet sich nach jahrelangem Wegschauen auch nicht, in feinsten Extremismustheorie-Rhetorik gegen linksradikales Engagement zu zetern. Damit passt er sich ganz wunderbar ins relativierende Geschichtsbild eines dummdutschen Mobs, in dem die ss-Männer von damals auf eine Stufe mit den Insassen und Ermordeten von Birkenau, Auschwitz, Buchenwald gestellt werden. Nichts anderes lässt auch die ekelhafte Gedenktafel vor dem Denkmal in Friedrichroda verlautbaren.

Aber auch dieses Jahr gibt es antifaschistischen Protest. Als ein Teil davon haben wir in der Nacht zum Samstag das Denkmal in rosa Farbe getunkt, um dieses Gedenken zu stören. Dem Volkstrauern einen rosa Strich durch die Rechnung machen! Weil der Volkstrauertag aus dem Gedenkkalender gestrichen und weil jeder Naziaufmarsch, jede rassistische Bürgerinitiative und jeder rechte Parteitag gestört, verhindert und abgeschafft gehört.

Unsere Solidarität und antifaschistische Grüße an

die Antifa-Demos dieses Wochenende in Gotha und Friedrichroda.



Das eingefärbte Vaterland-Denkmal von Friedrichroda

To be continued...

